

André Steiner

Die DDR-Wirtschaftsreform
der sechziger Jahre

André Steiner

Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre

Konflikt zwischen
Effizienz- und Machtkalkül



Akademie Verlag

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Steiner, André:

Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre : Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül / André Steiner. – Berlin : Akad. Verl., 1999

Zugl.: Mannheim, Univ., Habil.-Schr., 1997

ISBN 3-05-003317-7

© 1999 Akademie Verlag GmbH, Berlin

Das eingesetzte Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Druck und Bindung: Druckhaus „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

Verzeichnis der Tabellen im Text	10
Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung	15
KAPITEL 1	
Die Entwicklung und Implementation der Reform	26
1. Ausgangssituation	26
Wirtschaftliche Lenkung und Koordination vor der Reform	26
Wirtschaftslage zu Beginn der sechziger Jahre	38
Erste Versuche zur Lösung der Wirtschaftskrise	44
2. Der Entschluß zur Reform	49
3. Ausarbeitung des Reformkonzeptes und sein Inhalt	60
Entstehung des Reformkonzeptes	60
Inhalt der "Richtlinie"	65
Politische und personelle Aspekte	71
4. Das "Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" - die erste Phase der Reform von 1964 bis 1967	78
Reforminstitutionen und erste Reformschritte	78
Implementationsprobleme	84

Auswirkungen der Reform bis 1965	93
Außenwirtschaftsprobleme mit der Sowjetunion und Perspektivplanerarbeitung	103
Zuspitzung der Probleme in der zweiten Jahreshälfte 1965	113
Die "zweite Etappe des neuen ökonomischen Systems"	118
Planungsprobleme und weitere Reformumsetzung	125
5. Das "Ökonomische System des Sozialismus"	
- die zweite Phase der Reform von 1967/68 bis 1970/71	135
Ausarbeitung und Inhalt des modifizierten Konzepts	136
Neue wirtschaftspolitische Ziele der SED-Spitze	144
Realisierung des Konzeptes der "Grundsatzregelung"	154
6. Konfrontation der Betriebe mit dem Weltmarkt? Momente außenwirtschaftlicher Lenkung	162
7. Ausblick auf das Reformende	183
KAPITEL 2	
Die Veränderungen des Preissystems	185
1. Das Preissystem am Anfang der sechziger Jahre	187
2. Die Grundmittelumbewertung	190
3. Die Grundsätze für die Industriepreisreform	198
4. Verlauf und Ergebnisse der Industriepreisreform 1964 bis 1967	206
Inhaltliche Fragen	209
Ergebnisse der Preisreform	216
5. Weitergehende Überlegungen zur Preisgestaltung und Kompetenzverteilung bei der Preisfestlegung	225
6. Die Produktionsfondsabgabe	236

7. Der "eigentliche" Preismechanismus der Wirtschaftsreform	248
Dezentralisierung, Fondspreis, Industriepreisregelsystem	249
Konsequenzen und Effekte des Preismechanismus	256
8. Die Revision der Preisregelungen	264

KAPITEL 3

Betriebliche und individuelle Leistungsanreize sowie die

Arbeitskräftelenkung	268
----------------------------	-----

1. Die Grenzen allokatons- und produktivitätsorientierter Lohnpolitik Anfang der sechziger Jahre	270
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

2. Leistungsanreize als ein Kernelement des Reformkonzeptes	282
-------------------------------------------------------------------	-----

3. Anreizstrukturen und Arbeitskräfteallokation im "Neuen Ökonomischen System"	289
--------------------------------------------------------------------------------------	-----

Betriebliche Anreize	290
----------------------------	-----

Prämienverwendung und leistungsabhängige Gehälter für das Führungspersonal	298
----------------------------------------------------------------------------------	-----

Betriebliche Voraussetzungen für produktivitätsorientierten Lohn	303
------------------------------------------------------------------------	-----

Lohnplanung und Einkommensentwicklung	306
---------------------------------------------	-----

Arbeitskräftelenkung in der NÖS-Periode	315
-----------------------------------------------	-----

Produktionskomitees und Gewerkschaftskomitees	318
-----------------------------------------------------	-----

4. Leistungsanreiz und Arbeitskräftelenkung unter dem "Ökonomischen System des Sozialismus"	324
------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Lohnpolitischer Stillstand?	325
-----------------------------------	-----

Prämienregelungen sowie Einkommens- und Gewinnentwicklung	331
-----------------------------------------------------------------	-----

Lenkung der Arbeitskräfte als Anhängsel der strukturbestimmenden Planung?	339
---------------------------------------------------------------------------------	-----

5. Leistungsanreize im Licht der wirtschaftspolitischen Wende	342
---------------------------------------------------------------------	-----

KAPITEL 4

Die Lenkung des Strukturwandels: Innovationsanreize und

Investitionslenkung	346
1. Investitions- und Innovationstätigkeit in den beginnenden sechziger Jahren	347
Investitionsfinanzierung und -planung sowie deren Folgen	347
Planung, Finanzierung und Effekte der Innovationsbemühungen	355
2. Innovationen und Investitionen im Reformkonzept	366
3. Strukturwandel durch den Reformmechanismus?	372
Lenkung des technologischen Wandels	372
Preisgestaltung für neue Erzeugnisse	379
Investitionslenkung	386
Ergebnisse der Innovationsbemühungen und des Strukturwandels	399
4. Ein neues Konzept für die Lenkung des Strukturwandels: Von der "Richtlinie" zur "Grundsatzregelung"	404
Die Instrumente zur Lenkung des Strukturwandels im Konzept der "zweiten Etappe des NÖS"	407
"Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion" und Lenkung der Investitionen	411
Die Entwicklung der strukturbestimmenden Planung	425
Der Gesamtmechanismus der "Grundsatzregelung" - Möglichkeiten und Risiken	436
5. "Überholen ohne einzuholen": Die forcierte Strukturpolitik im letzten Drittel der sechziger Jahre	442
Prognosetätigkeit	442
Die Umsetzung der strukturbestimmenden Planung	448
Kombinate und Großforschungszentren	461
Lenkung der technischen Entwicklung	469
"Eigenerwirtschaftung der Mittel"	476
Investitionslenkung	489
Innovations- und Struktureffekte	498

6. Wirtschaftskrise und Reformabbruch	503
Die Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation im Jahr 1970	503
Wirtschaftspolitische Wende	520
Grenzen und Ergebnisse	551
Tabellenanhang	560
Quellen- und Literaturverzeichnis	578

Verzeichnis der Tabellen im Text

Tabelle 1.1: Jährliches Wachstum ausgewählter Kennziffern in Gegenüberstellung von Siebenjahrplan, Jahresplan und realer Entwicklung 1959 bis 1963	40
Tabelle 1.2: Richtungskoeffizienten für 1969/70	172
Tabelle 1.3: Exportrentabilität im Bereich der Industrieministerien insgesamt und denen der metallverarbeitenden Industrie 1967 bis 1973	180
Tabelle 1.4: Anteil des Exportes an der industriellen Warenproduktion im Bereich der Industrieministerien insgesamt und denen der metallverarbeitenden Industrie 1967 bis 1973	180
Tabelle 2.1: Veränderung der Bruttowerte des Anlagevermögens 1963 durch die Grundmittelumbewertung in der staatlichen Industrie	195
Tabelle 2.2: Verschleißquoten nach der Grundmittelumbewertung in der staatlichen Industrie 1963	196
Tabelle 2.3: Entwicklung der Abschreibungen 1963 durch die Grundmittelumbewertung in der zentralgeleiteten staatlichen Industrie	197
Tabelle 2.4: Für 1967 vorgesehene und im III.Quartal 1964 tatsächlich erzielte Gewinnquoten der Produktion in ausgewählten VVB	217
Tabelle 2.5: Index der Abgabepreise industrieller Erzeugnisse nach Erzeugnisgruppen für 1967, 1963 = 100	220
Tabelle 2.6: Rentabilität in der staatlichen Industrie nach Ministerien 1967	223
Tabelle 2.7: Anteil der Produktionsfondsabgabe am Bruttogewinn in der staatlichen Industrie nach Ministerien 1967	243
Tabelle 2.8: Rentabilität, Rate der Produktionsfondsabgabe und deren Anteil am Bruttogewinn in ausgewählten VVB 1967	243
Tabelle 2.9: Anteil der Produktionsfondsabgabe am Bruttogewinn, Anteil der aus Stützung gezahlten Produktionsfondsabgabe sowie jährlicher Zuwachs des Volumens der Produktionsfondsabgabe und des Produktivvermögens in der zentralgeleiteten staatlichen Industrie 1967 bis 1972	244

Tabelle 2.10: Aussonderungsrate und durchschnittliche Abschreibungsrate des Anlagevermögens in der staatlichen und genossenschaftlichen Industrie 1964 bis 1970	245
Tabelle 2.11: Jährliche Entwicklung der Anlagenproduktivität in ausgewählten Branchen 1966 bis 1973	247
Tabelle 2.12: Anteile an der Warenproduktion, für die die Leitungsebenen das Preisniveau der Erzeugnisgruppen und der Einzelpreise zu bestätigen hatten	249
Tabelle 3.1: Normerfüllung der Stücklöhner, Anteil der Stücklöhner mit einer Normerfüllung von über 200% und Anteil der TAN an den gesamten Arbeitsnormen der Stücklöhner in der staatlichen und genossenschaftlichen Industrie 1958 bis 1962	273
Tabelle 3.2: Entwicklung der zur Verfügung stehenden Prämienmittel in der zentralgeleiteten Industrie 1963 bis 1967	296
Tabelle 3.3: Jährlicher Zuwachs des Betriebsergebnisses (Gewinn) und Anteil des Betriebsergebnisses an der abgesetzten industriellen Warenproduktion in der zentralgeleiteten staatlichen Industrie ohne Lebensmittelindustrie 1963 bis 1967	297
Tabelle 3.4: Durchschnittliche Stellenzahl je zentralgeleitete VVB 1962 bis 1966	316
Tabelle 3.5: Anteile des Brutto- und Nettogewinns an der Warenproduktion und jährlicher Zuwachs des Brutto-, Nettogewinns und der Warenproduktion im Bereich der Industrieministerien 1966 bis 1972	335
Tabelle 3.6: Anteil der summierten Über- und Untererfüllung des Gewinnplans durch die Betriebe am effektiven Bruttogewinn im Bereich der Industrieministerien 1966 bis 1972	335
Tabelle 3.7: Jährliche Überstunden je Produktionsarbeiter in der zentralgeleiteten staatlichen Industrie 1965 bis 1971	337
Tabelle 3.8: Lohn- und Prämienquote sowie Kostensatz der Warenproduktion im Bereich der Industrieministerien 1966 bis 1972	339
Tabelle 4.1: Veränderung des Plansolls sowie Planerfüllung bis zum Jahresende bei den Investitionen in der zentralgeleiteten Industrie 1959 bis 1962	352
Tabelle 4.2: Zuwachs der Nettoproduktion in Mark je Tausend Mark Investitionen des Vorjahres in der Industrie 1958 bis 1963	355
Tabelle 4.3: Anteil des Fonds Technik und des Staatshaushaltes an der Finanzierung der Ausgaben für Wissenschaft und Technik im Bereich der Industrieministerien der metallverarbeitenden Industrie 1965 bis 1968	376
Tabelle 4.4: Intensität des Strukturwandels in der Industrie 1961 bis 1967	397
Tabelle 4.5: Zuwachs der Nettoproduktion in Mark je Tausend Mark Investitionen des Vorjahres in der Industrie 1963 bis 1967	397
Tabelle 4.6: Struktureffekte auf die Entwicklung der Beschäftigtenproduktivität der DDR-Industrie 1961 bis 1973	404
Tabelle 4.7: Anteile der strukturbestimmenden Erzeugnisse an der Warenproduktion in ausgewählten Industrieministerien laut Plan 1968 und laut strukturpolitischer Konzeption	451

Tabelle 4.8: Anteile der volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Erzeugnisse und Erzeugnisgruppen an der Warenproduktion, dem Export und den Mitteln für Wissenschaft und Technik im Bereich der Industrieministerien 1967, 1970 und 1975 laut strukturpolitischer Konzeption vom Juli 1968	452
Tabelle 4.9: Anteil der strukturbestimmenden Investitionen an den gesamten Investitionen im Bereich der Industrieministerien laut Plan 1969	458
Tabelle 4.10: Finanzierungsstruktur der Ausgaben für Wissenschaft und Technik und Anteil der strukturbestimmenden Aufgaben im Bereich der Industrieministerien 1969 bis 1972	473
Tabelle 4.11: Anteil der Gesamtausgaben für Wissenschaft und Technik an der Warenproduktion im Bereich der Industrieministerien 1967 bis 1972	475
Tabelle 4.12: Jährliches Wachstum des FuE-Personals, Anteil der Hoch- und Fachschulabsolventen am FuE-Personal und FuE-Personal je 1000 Beschäftigte im Bereich der Industrieministerien 1965 bis 1973	475
Tabelle 4.13: Durchschnittliches Normativ der Nettogewinnabführung für 1969/70 im Bereich der Industrieministerien	479
Tabelle 4.14: Verwendung der Abschreibungen im Bereich der Industrieministerien 1969 und 1970	481
Tabelle 4.15: Anteil von Produktionsfondsabgabe und Nettogewinnabführung am Bruttogewinn im Bereich der Industrieministerien 1968 bis 1970	482
Tabelle 4.16: Einsatz des Restgewinns (nach Abführungen) im Bereich der Industrieministerien 1969 und 1970	482
Tabelle 4.17: Intensität des Strukturwandels in der Industrie 1967 bis 1973	495
Tabelle 4.18: Verschleißquote des Anlagevermögens in der staatlichen und genossenschaftlichen Industrie 1965 bis 1973	495
Tabelle 4.19: Arbeitskräftebilanz der Investitionen in zentralgeleiteter Industrie und Bauwesen 1967 bis 1973	496
Tabelle 4.20: Zuwachs der Nettoproduktion in Mark je Tausend Mark Investitionen des Vorjahres in der Industrie 1967 bis 1973	496
Tabelle 4.21: Anzahl der neuen und ausgesonderten Erzeugnisse sowie Anteil der neuen Erzeugnisse an der Warenproduktion im Einführungsjahr im Bereich der Industrieministerien 1965 bis 1973	500
Tabelle 4.22: Vorleistungsquote der Bruttoproduktion der Industrie 1967 bis 1973	510
Tabelle 4.23: Jahresdurchschnittliche Entwicklung der Vertragsrückstände in der zentralgeleiteten Industrie in Tagesproduktionen 1968 bis 1973	513

Abkürzungsverzeichnis

ABI	Arbeiter-und-Bauern-Inspektion
AfP	Amt für Preise
AO	Anordnung
BA	Bundesarchiv, hier Abteilungen Berlin
DB	Durchführungsbestimmung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIB	Deutsche Investitionsbank
DNB	Deutsche Notenbank
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FuE	Forschung und Entwicklung
Gbl.	Gesetzblatt der DDR
GFZ	Großforschungszentrum
HA	Hauptabteilung
IHB	Industrie- und Handelsbank
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
MAI	Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel
MAW	Ministerium für Außenwirtschaft
MdF	Ministerium der Finanzen
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MHV	Ministerium für Handel und Versorgung
MWT	Ministerium für Wissenschaft und Technik
NÖS	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
ÖFI	Ökonomisches Forschungsinstitut der SPK
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
PMR	Präsidium des Ministerrates
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon)

SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBBI	Staatliches Büro für die Begutachtung von Investitionen
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFT	Staatssekretariat für Forschung und Technik
SPK	Staatliche Plankommission
SZS	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
TAN	Technisch begründete Arbeitsnorm
VEB	Volkseigener Betrieb
VO	Verordnung
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VWR	Volkswirtschaftsrat
WTK	Wissenschaftlich-technische Konzeption
ZifSW	Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED
ZK	Zentralkomitee der SED

Einleitung

"Kein freies Spiel der Kräfte!?" verlangte der DDR-Finanzminister im Dezember 1965 von SED-Chef Walter Ulbricht¹ und gab damit beispielhaft der Sorge Ausdruck, die viele der DDR-Wirtschaftsverwalter bewegte, daß die begonnene Reform aus den Händen der Partei gleiten und das Wirtschaftssystem zu einer Marktwirtschaft geraten könnte. Tatsächlich hatte das keiner der Protagonisten der Reform jemals gewollt. Auch dies wird im folgenden nachgewiesen. Das Ziel dieser Untersuchung aber ist es, die als "Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" bzw. "Ökonomisches System des Sozialismus" bekannt gewordene Wirtschaftsreform in der DDR in den sechziger Jahren in ihren Grundzügen darzustellen und dabei der Frage nachzugehen, ob damit das "klassische" Wirtschaftssystem des Staatssozialismus effizienter gemacht und modernisiert werden konnte.² Die Etablierung dieses Systems in Ostdeutschland war ein Ergebnis der internationalen Nachkriegsentwicklung und der damit verbundenen deutschen Teilung. Seine "Schöpfer" lehnten sich dabei an das Modell der Sowjetunion an, was von dieser - entsprechend ihrer jeweiligen deutschlandpolitischen Intention - zurückhaltend unterstützt oder gefördert wurde. In der Konsequenz gehörte die DDR zu dem von der Sowjetunion dominierten Block und wies grundsätzlich - bei allen Differenzen im einzelnen - die für ihn typischen Systemmerkmale auf. Dieses System war bewußt als Gegenmodell zur westlichen, marktwirtschaftlich verfaßten Ökonomie geschaffen worden. Dafür waren vor allem die historischen Erfahrungen mit den wirtschaftlichen Turbulenzen der Zwischenkriegszeit, insbesondere die Weltwirtschaftskrise zu Beginn

-
- 1 Zwischenruf von Rumpf während des Schlußworts Ulbrichts in: Stenographische Niederschrift der 11. Tagung des ZK der SED am 18.12.65, SAPMO-BA DY30 IV 2/1/338. Auf den inhaltlichen Zusammenhang des Disputs wird im vierten Kapitel ausführlich eingegangen.
 - 2 Ohne hier auf die besondere historische Entstehung und den Hintergrund des Terminus "Staatssozialismus" eingehen zu können, wird er in dieser Arbeit verwendet, weil er die für die Wirtschaft dieses Systems konstitutiven Ansprüche umfassender staatlicher Lenkung und der Verwirklichung sozialistischer Utopie zum Ausdruck bringt. Gleichwohl sind damit dieser Gesellschaftstyp und seine spezifische Ausformung in der DDR begrifflich nicht vollständig zu erfassen, auch wenn dieser Terminus technicus bereits vor dem Zusammenbruch des Systems gebräuchlich war. Siehe zur Begriffsbildung jüngst: K.H. Jarausch, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B20/98, 8. Mai 1998, S. 33-46.

der dreißiger Jahre, sowie deren sozialen und politischen Folgen entscheidend. Die Sowjetunion erschien dazu als Alternative, da sie zur gleichen Zeit mit der Stalinschen Industrialisierungspolitik beeindruckende Wachstumsraten und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit vorweisen konnte. Schließlich bezahlte sie, was Opfer und Verluste angeht, den höchsten Preis dafür, das Dritte Reich zu zerschlagen, was - zumindest in der Wahrnehmung der Kommunisten - ebenso als Beweis der Leistungsfähigkeit des sowjetischen Wirtschaftssystems galt. Die daraus resultierende und damals nicht nur in Ostdeutschland anzutreffende Faszination gegenüber der Planwirtschaft beruhte aber auch auf Nichtkenntnis oder Verdrängung der hohen menschlichen und anderen Kosten, die die Erfolge der sowjetischen Politik nachholender Industrialisierung möglich gemacht hatten.¹

Aus diesen Gründen "konstruierte" man ein System, das - anknüpfend an die Marxsche Analyse - die negativen Seiten kapitalistischer Ökonomie beseitigen sollte. Dazu war das private Eigentum an den Produktionsmitteln als Ursache der "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" zu beseitigen und die Wirtschaft ex ante zu lenken, um die vielfältigen Verluste und Kosten zu vermeiden, wenn sich die Ergebnisse der Produktion erst im nachhinein auf dem Markt bewähren mußten. Mit dieser Vision sollten vor allem Vollbeschäftigung und Krisenfreiheit und damit die Möglichkeit, die Bedürfnisse aller zu befriedigen, garantiert werden. Die steigenden Bedürfnisse ebenso wie der Alternativanspruch zum kapitalistischen System erforderten aber schließlich auch Wachstum und damit Innovationen. Unter der jedoch ebenfalls bestehenden Bedingung knapper Ressourcen verlangte das Umsetzen dieser Ziele gleichermaßen wirtschaftliche Effizienz. Mit der Planwirtschaft wollte man all diesen Ansprüchen gerecht werden. Mit ihr sollte die ex ante Koordination wirtschaftlicher Aktivitäten von der Mikro- auf die Makroebene übertragen werden, um damit externe Kosten zu internalisieren und volkswirtschaftliche Ineffizienzen zu beseitigen, die aus dem Verfolgen einzelwirtschaftlich rationaler Ziele resultierten. Daraus ergab sich eine Hierarchie von Rationalitäten: Kriterien für die Rationalität des Gesamtsystems waren denen der Subsysteme vorgeordnet. Mit anderen Worten: Was für die Volkswirtschaft insgesamt als rational angesehen wurde, etwa Vollbeschäftigung, sollte es auch für die Betriebe sein. Man unterstellte, daß so makroökonomisch die optimale Allokation aller Ressourcen, einschließlich des Beschäftigungspotentials, und mikroökonomisch die beste Nutzung der gegebenen Ressourcenausstattung (X-Effizienz) gesichert werden könne. Damit wurde der Markt - als Instrument der ex post Koordinierung - als entbehrlich angesehen. Schließlich verwandelte sich infolge der starken Ideologisierung des Gesamtsystems die zentrale Planung immer mehr aus einem Mittel zum Ziel. Das absichtsvolle Schaffen einer solchen Gesellschaft erforderte ein Gremium, das über einen Gesamtplan verfügte. Diese Position nahm in Ostdeutschland die in der kommunistischen Tradition stehende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ein. Aus der Erfüllung der benannten Ansprüche leitete sie die Legitimität ihrer Herrschaft ab, die sie, einmal errungen, auch behalten wollte. Sie rechtfertigte dies damit, daß nur sie gestützt auf die als Wissenschaft deklarierte Ideologie des Marxismus-Leninismus über das

¹ Vgl. zu dieser Faszination und den Gründen: F. Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München 1996, S. 220ff., 440ff., 454.

Wissen verfüge, die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft und darunter der Wirtschaft zu bestimmen. Damit könne auch nur sie das fortwährende Einlösen dieser Ansprüche sichern, womit diese faktisch zu einem Mittel wurden, um die Macht der SED zu erhalten.

Dieses "konstruktivistische" Element des Wirtschaftssystem macht auch einen der wesentlichen Unterschiede zur Marktwirtschaft aus, die in einem längeren historischen Prozeß - ohne eine vorherige Systemvorstellung - durch das Wirken vieler Einzelakteure entstand. Es rechtfertigte neben den politisch formulierten Ansprüchen und Zielen nicht nur die ständigen politischen Eingriffe in die Wirtschaft, sondern auch das Verschwinden der Differenzierung zwischen dem Politischen und dem Wirtschaftlichen, wobei wirtschaftliche Rationalität politischen Erwägungen nachgeordnet wurde. Um den Gesamtplan eines solchen Wirtschaftssystems durchsetzen zu können, mußten die privaten, dezentralen Verfügungs- und Aneignungsrechte beseitigt werden. Gerade deshalb blieb aber die mit dem ursprünglich emanzipatorischen Anspruch des Marxismus begründete Vergesellschaftung des Eigentums formal, real wurde es verstaatlicht. Damit ergab sich in diesem System ein mehrdimensionales Spannungsfeld zwischen der notwendigen wirtschaftlichen Dynamik und Effizienz und den Bedingungen der Herrschaft einer Partei, die mit einer Planwirtschaft die angeführten Ansprüche von Vollbeschäftigung, Krisenfreiheit, Egalität bei gesicherter Befriedigung der Grundbedürfnisse sowie Partizipation der Beschäftigten verwirklichen wollte. Alle diese Ziele hatten der Emanzipation der Individuen zu dienen, aber vor allem die SED-Herrschaft zu legitimieren. Dabei stellte die diese Grundelemente rechtfertigende Ideologie des Marxismus-Leninismus eine der Grundfesten dieser Gesellschaft dar. Eine weitere war die Anerkennung der Sowjetunion als Führungsmacht und die Wahrung des Blockzusammenhangs. Insbesondere aber hatte sich das System durch die deutsche Teilung und den eigenen Alternativanspruch immer an den Wirtschaftsleistungen der Bundesrepublik messen zu lassen. Sie bildete für die Bevölkerung wie auch die Parteispitze das Referenzsystem. In dem genannten Spannungsfeld blieb letztlich die wirtschaftliche Dynamik und Effizienz zurück und vor dem Hintergrund der westlichen Erfolge stand damit die Legitimität der SED-Macht in Frage. Um diese zu sichern und die Leistungsfähigkeit der eigenen Wirtschaft zu erhöhen, entschloß sie sich daher, das Wirtschaftssystem zu reformieren. Da die Grundfesten und Ansprüche des Systems und damit auch die Macht der SED nicht zur Disposition standen, blieb auch die Eigentumsordnung unberührt und reformiert werden sollte lediglich der Lenkungs- und Koordinationsmechanismus. Letztlich wollte man das zur liberalen Ökonomie alternative Wirtschaftssystem unter Erhaltung der Grundmauern "re-konstruieren". Das "konstruktivistische" Element erschien schließlich in diesen Reformen deutlicher als bei der Etablierung dieses Gesellschaftstyps. Bei der Untersuchung dieser Umgestaltung stellt sich daher die Frage, welche Elemente, Instrumente und Methoden unter Preisgabe welcher Prämissen im gegebenen Rahmen der angeführten Grundfesten und Ansprüche zu verändern waren, um letztlich - wenn es denn möglich war - die Effizienz der Wirtschaft unter den Bedingungen der Herrschaft einer Partei zu gewährleisten. Und schließlich ist der Frage nachzugehen, welche Ergebnisse damit erreicht werden konnten.

Die Analyse dieser Problematik erfolgt auf mehreren Ebenen. Im Mittelpunkt steht der Prozeß der Entstehung und Umsetzung der Wirtschaftsreform, in dem der Lenkungs- und Koordinationsmechanismus umgestaltet wurde. Dabei ist zu untersuchen, welche Institutionen welche Vorschläge

machten und wie sie realisiert wurden. Es geht also um Entwürfe und Diskussionen, um Entscheidungen und ihre Umsetzung. Das ist nicht von der allgemeinen Wirtschaftspolitik der SED zu trennen; deshalb ist auch auf sie einzugehen. Als dritte Betrachtungsebene müssen die realwirtschaftlichen Prozesse einbezogen werden, um die Ausgangsprobleme ebenso wie die Resultate und Effekte der Reform beurteilen zu können. Das Aufzeigen der einzelnen Vorschläge, Diskussionen und Beschlüsse kompliziert mitunter nicht nur die Darstellung, es mutet auch dem Leser manche Anstrengung zu. Jedoch war diese Vorgehensweise notwendig, um die Alternativen in diesem "Konstruktionsprozeß" und damit das entstehende Effizienzpotential aufzuzeigen.

Der Untersuchungszeitraum reicht von den sechziger bis in die frühen siebziger Jahre. Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre war die DDR nach zwischenzeitlich relativ günstigen Wirtschaftsergebnissen in eine Wirtschaftskrise geraten, die den Auslöser für den Reformentschluß bildete. 1963 wurde nach längerer Diskussion und erster Erprobung ein Konzept für die Umgestaltung als "Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" (NÖS) verabschiedet, was ab dem Jahresbeginn 1964 in die Tat umgesetzt wurde. Die erste Reformphase dauerte bis 1967, wobei die Ende 1965 verkündete "zweite Etappe des NÖS" unter wirtschaftlichen Aspekten einiges präziserte, anderes neu auf den Weg brachte, aber insgesamt das Konzept in der Realisierung noch nicht entscheidend änderte. Eine wesentliche Modifizierung wurde erst 1967/68 als "Ökonomisches System des Sozialismus" (ÖSS) beschlossen und realisiert, weshalb dieser Zeitraum hier als die zweite Reformphase betrachtet werden soll. Damit begann sich die Umgestaltung aber selbst zu blockieren, um 1970/71 zunächst schleichend, dann offiziell revidiert zu werden.

Die vorliegende Analyse konzentriert sich auf die Industrie. Die Reform sollte zwar ebenso in anderen Wirtschaftsbereichen, wie der Landwirtschaft, dem Binnen- und dem Außenhandel, wirksam werden und teilweise geschah dies auch. Aber in keinem dieser Bereiche kam man dabei so weit wie in der Industrie. Sie wurde entsprechend ihrem überwältigenden Anteil am erwirtschafteten Gesamtprodukt auch als der zuerst zu reformierende Bereich betrachtet. In einem gesonderten Abschnitt werden zudem die direkt in der Industrie angesiedelten außenwirtschaftlichen Aktivitäten behandelt, da diesen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die binnenwirtschaftliche Lenkung zukam. Aber auch innerhalb der Industrie wird auf die Reformaktivitäten im Bereich der territorial geleiteten Wirtschaftseinheiten nur am Rande eingegangen, da sich die diskutierten Prinzipien und Resultate nicht gravierend von denen in der direkt von zentralen Instanzen geführten Industrie unterschieden. Die Daten, die zur Beurteilung der realwirtschaftlichen Prozesse herangezogen werden, schließen aber die territorial geleitete Industrie in der Regel - soweit nicht anders vermerkt - mit ein. Darüber hinaus ist hier auf eine weitere Beschränkung der vorliegenden Arbeit zu verweisen. Sie leistet keinen Beitrag zu einem systematischen Vergleich der Reform in der DDR mit denen anderer Ostblockländer, wie der ČSSR oder Ungarn. Auch der Zusammenhang mit den diskutierten Reformen des RGW wird hier nicht erörtert. Dies muß späteren Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Bis heute ist der Forschungsstand zur Wirtschaftsreform der sechziger Jahre in der DDR davon geprägt, daß vor 1989 die Primärquellen kaum zugänglich waren. Die Reform und ihre Schritte, ihre Möglichkeiten und Grenzen konnten im wesentlichen nur anhand der in der DDR publizierten

Materialien - als Verordnungen erschienene Reformregelungen, wirtschaftspolitische und statistische Publikationen - analysiert werden. Die wenigen zeitgenössischen Darstellungen aus der DDR, die auf Hintergründe der Erarbeitung und Umsetzung der Reformentwürfe eingingen, dienten vornehmlich den Legitimationsbedürfnissen der SED-Führung und konnten bis zum Ende der DDR nur begrenzt anhand der archivalischen Überlieferungen überprüft werden.¹ Gleichwohl bilden die außerhalb der DDR entstandenen zeitgenössischen wirtschaftswissenschaftlichen Analysen der Wirtschaftsreform einen wesentlichen Ausgangspunkt für deren historische Untersuchung. Vor allem ist hier auf die Arbeiten von Gerd Leptin und Manfred Melzer sowie Gerd-Jan Krol zu verweisen.² Auch die Aufsätze von Michael Keren wirkten hier anregend.³ Eine nach wie vor informative Darstellung und Analyse einzelner Lenkungsinstrumente und Steuerungsbereiche im Detail bietet die Arbeit von Hannsjörg Buck.⁴ Groß ist die Zahl der Studien, die die Wirtschaftsreform vor allem unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten analysieren.⁵ Über die auf den Gesamtprozeß der Reform eingehenden Arbeiten hinaus entstanden auch eine Reihe von zeitgenössischen Studien zu ausgewählten wirtschaftlichen Problembereichen.⁶ Außerdem liegen aus dieser Zeit wirtschaftswissenschaftliche Vergleiche zu den Reformen der sechziger Jahre in verschiedenen osteuropäischen

-
- 1 Vgl. W. Berger/O. Reinhold, *Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems*, Berlin (O) 1966; H. Beyer/H. Kanzig, *Die Genesis des neuen ökonomischen Systems in der Zeit vom VI. Parteitag der SED bis zur Wirtschaftskonferenz*, in: *Wirtschaftswissenschaft* 17, 1969, S. 1761-1784.
 - 2 G.-J. Krol, *Die Wirtschaftsreform in der DDR und ihre Ursachen. Erfahrungen mit der administrativen Steuerungskonzeption*, Tübingen 1972; G. Leptin/M. Melzer, *Economic Reform in East German Industry*, Oxford 1978. Vgl. auch: I. Jeffries/M. Melzer (Hg.), *The East German Economy*, London u.a. 1987.
 - 3 M. Keren, *The New Economic System in the GDR. An Obituary*, in: *Soviet Studies* 24, 1973, S. 554-587; ders., *Concentration Amid Devolution in East Germany's Reforms*, in: M. Bornstein (Hg.), *Plan and Market. Economic Reform in Eastern Europe*, New Haven u.a. 1973, S. 123-151; ders., *The Rise and Fall of the New Economic System*, in: L.H. Legters (Hg.), *The German Democratic Republic. A Developed Socialist Society*, Boulder 1978.
 - 4 H. Buck, *Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten. Funktionsweise und Schwächen der Zentralplanwirtschaft sowjetischen Typs in der UdSSR, in Mitteldeutschland und in den osteuropäischen Ländern*, Coburg 1969.
 - 5 Genannt seien hier: B. Gleitze/K.C. Thalheim/H. Buck/W. Förster, *Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre*, Berlin (W) 1971; L. Bress/K.P. Hensel, *Wirtschaftssysteme des Sozialismus im Experiment. Plan oder Markt*, Frankfurt/M. 1972; H. Hamel, *Sozialistische Marktwirtschaft in der DDR? - Hinwendung und Abkehr*, in: H. Leipold (Hg.), *Sozialistische Marktwirtschaften. Konzeptionen und Lenkungsprobleme*, München 1975; H. Hamel/H. Leipold, *Economic Reform in the GDR: Causes and Effects*, in: Jeffries/Melzer, *East German Economy*, S. 280-304.
 - 6 A. Rüger, *Die Bedeutung "strukturbestimmender Aufgaben" für die Wirtschaftsplanung und -organisation der DDR (DIW-Sonderhefte Nr.85)*, Berlin (W) 1969; K.-H. Nattland, *Der Außenhandel in der Wirtschaftsreform der DDR*, Berlin (W) 1972; U. Wagner, *Funktionswandel des Gewinns im Wirtschaftssystem der DDR*, in: K.P. Hensel/K. Wessely/U. Wagner, *Das Profitprinzip - seine ordnungspolitischen Alternativen in sozialistischen Wirtschaftssystemen*, Stuttgart 1972, S. 52-83; G. Lauterbach, *Zur Theorie der sozialistischen Wirtschaftsführung in der DDR*, Köln 1973; D. Granick, *Enterprise Guidance in Eastern Europe. A Comparison of Four Socialist Economies*, Princeton 1975.

Ländern vor.¹ Zudem existieren politik- und sozialwissenschaftlich argumentierende Betrachtungen zum Gegenstand.² In den achtziger Jahren entstanden noch einmal eine ganze Reihe von Studien, die sich den Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre vergleichend - nun mit einem gewissen historischen Abstand - näherten.³

Die historischen Arbeiten unterlagen gleichermaßen den Beschränkungen, die sich aus dem fehlenden Zugang zu den Primärquellen ergaben. Die in den achtziger Jahren publizierten Gesamtdarstellungen zur DDR-Geschichte bieten eine auch heute noch anregende Verortung der Wirtschaftsreform in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und im größeren historischen Zusammenhang.⁴ Jedoch fehlen fast vollständig eigenständige diesem Gegenstand gewidmete wirtschaftshistorische Untersuchungen. Die Ursachen dafür lagen darin, daß in der DDR selbst die Untersuchung der Wirtschaftsreform nach deren Abbruch weitgehend tabuisiert worden war und die bundesdeutsche Wirtschaftsgeschichtsforschung bis zum Ende der DDR vor den selben Quellenproblemen wie die zeitgenössische DDR-Wirtschaftsforschung stand. Eine Ausnahme bildeten die Arbeiten von Jörg Roesler, der die offizielle Tabuisierung der Reformetappe in der DDR-Geschichte zu umgehen suchte und seine langjährigen Bemühungen 1990 in einer Monographie zusammenfaßte. Aber auch diese Untersuchung konnte die Forschungslücke nicht schließen, weil Roesler bis dahin ebenfalls nur ausgewählte und lückenhafte Archivalien für die erste Reformetappe bis 1965 zur Verfügung standen.⁵

Seit dem Zusammenbruch der DDR hat die sie betrachtende Historiographie wegen der nun gegebenen breiten Quellenbasis einen enormen Aufschwung erlebt. Eine Vielzahl von Arbeiten ist inzwischen erschienen, die sich insbesondere mit der politischen Entwicklung der DDR befassen. Darunter fanden in dem hier behandelten Zusammenhang vor allem die Hintergründe des Machtwechsels von Ulbricht zu Honecker starke Beachtung.⁶ Dietrich Staritz legte inzwischen eine auf

-
- 1 H.-H. Höhmann/K.C. Thalheim (Hg.): *Wirtschaftsreformen in Osteuropa*, Köln 1968; H.-H. Höhmann/M. Kaser/K.C. Thalheim (Hg.), *Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel. Ergebnisse und Probleme der Wirtschaftsreformen*, Freiburg i.B. 1972.
 - 2 R. Damus, *Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft*, Frankfurt/M. 1973; H.-G. Kiera, *Partei und Staat im Planungssystem der DDR. Die Planung in der Ära Ulbricht*, Düsseldorf 1975.
 - 3 W. Brus, 1957 to 1965: In Search of Balanced Development, in: M. Kaser (Hg.), *Institutional Change within a Planned Economy (The Economic History of Eastern Europe 1919-1975, Bd. 3)*, Oxford 1986, S. 70-138; ders., 1965 to 1975: Normalization and Conflict, in: ebenda, S. 139-249; J. Adam, *Economic Reforms in the Soviet Union and Eastern Europe since the 1960s*, London 1989; P.M. Johnson, *Re-designing the Communist Economy. The Politics of Economic Reform in Eastern Europe*, Boulder 1989.
 - 4 D. Staritz, *Geschichte der DDR*, Frankfurt/M. 1985; H. Weber, *Geschichte der DDR*, München 1985; C. Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970*, Göttingen 1988.
 - 5 J. Roesler, *Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963-1970 in der DDR*, Berlin 1991.
 - 6 Vgl. u.a.: G. Naumann/E. Trümpler, *Von Ulbricht zu Honecker. 1970 - ein Krisenjahr der DDR*, Berlin 1990; P. Przybylski, *Tatort Politbüro. Die Akte Honecker*, Berlin 1991; ders., *Tatort Politbüro. Band 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski*, Berlin 1992; M. Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997.

Basis von archivalischen Materialien und neuen historischen Studien überarbeitete und erweiterte Neufassung seiner in den achtziger Jahren erstmals erschienenen Gesamtdarstellung zur DDR-Geschichte vor.¹ Hervorzuheben sind einige sozial- und politikwissenschaftlich angelegte Studien zum Funktionieren der DDR-Wirtschaft, die auf der Basis von Interviews mit führenden Akteuren entstanden², sowie Versuche einer umfassenderen sozialhistorischen Problematisierung der DDR-Geschichte.³ Inzwischen stehen auch neue wirtschafts- und sozialhistorische Untersuchungen zur Verfügung, die sich unmittelbar mit den sechziger Jahren befassen.⁴ Reichlich Material für die Beurteilung der Konsequenzen der Wirtschaftsreform im Hinblick auf eines ihrer wesentlichen Ziele, nämlich den technologischen Wandel zu beschleunigen, bieten die von Johannes Bähr und Dietmar Petzina herausgegebenen ersten Erträge eines DFG-Schwerpunktprogramms zum Vergleich des Innovationsverhaltens in beiden deutschen Staaten.⁵

Auf all diese Arbeiten greift auch die vorliegende Untersuchung zurück. In erster Linie stützt sie sich aber auf archivalische Quellen. Im Mittelpunkt standen dabei die in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesarchiv lagernden Bestände des Politbüros der SED, der Büros Ulbricht und Mittag sowie der wirtschaftspolitischen ZK-Abteilungen. Aus der staatlichen Überlieferung beim Bundesarchiv waren die Bestände des Ministerrats und seiner Gremien, der Staatlichen Plankommission und des Volkswirtschaftsrates sowie ausgewählte Akten aus dem Finanzministerium von besonderem Interesse.⁶ Der Versuch, dem Verhalten der Wirtschaftseinheiten während der Reform direkt in einzelnen VVB-Archiven nachzugehen, erwies sich infolge des Zustands und der Strukturierung der Überlieferung als unproduktiv und wurde daher aufgegeben. Zudem ermöglichte es die Gegenüberstellung der verschiedenen Quellen zentraler Provenienz, einzelwirtschaftliches Verhalten realistisch zu rekonstruieren. Da die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit für das Schicksal der Wirtschaftsreform nicht bestimmend waren, wurde dessen Überlieferung für diese Arbeit nicht berücksichtigt. Ebenso mußte darauf verzichtet werden, sowjetische Archivalien im Hinblick auf die Handlungsspielräume der SED-Führung in den sechziger Jahren zu befragen, da diese der Forschung nach wie vor nicht zugänglich sind. Neben den unveröffentlichten Quellen werden aber auch inzwischen erschienene - oft zwar legitimatorisch gemeinte, aber doch manchen Aspekt erhellende - Wortmeldungen und Befragungen von Zeitge-

-
- 1 D. Staritz, *Geschichte der DDR*, (Erweiterte Neuauflage), Frankfurt/M. 1996.
 - 2 T. Pirker/M.R. Lepsius/R. Weinert/H.-H. Hertle, *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen*, Opladen 1995.
 - 3 H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994.
 - 4 P. Hübner, *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970*, Berlin 1995.
 - 5 J. Bähr/D. Petzina (Hg.), *Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland*, Berlin 1996.
 - 6 Zur Aussagekraft der Quellen vgl.: A. Lüdtker/P. Becker, *Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag*, Berlin 1997.

nossen miteinbezogen.¹ Auf Interviews mit Zeitzeugen - so wünschenswert sie gewesen wären - mußte unter Beachtung der dafür erforderlichen Methodik und dem damit zusammenhängenden hohen Zeitaufwand verzichtet werden.

Darüber hinaus konnte aus den Unterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in der Außenstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes (jetzt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde) ein weitgehend konsistentes Datenmassiv gewonnen werden, was als Basis für die Analyse der realwirtschaftlichen Konsequenzen und Resultate der Wirtschaftsreform dient. Damit liegen allen Zahlenangaben in der vorliegenden Untersuchung die Daten der DDR-Statistik zugrunde. Es ist nicht die Aufgabe der Arbeit, neue "bessere" statistische Koeffizienten zu bestimmen. Die grundsätzlichen Unzulänglichkeiten der DDR-Daten wurden in der Literatur bereits früh thematisiert und zum Anlaß genommen, unabhängige Berechnungen anzustellen.² Die Mängel der Berichterstattung bilden ebenfalls einen Gegenstand dieser Studie, da die daraus hervorgegangenen Daten in dem dargestellten Prozeß Grundlage der Entscheidungsfindung waren. Auch deshalb bleiben sie für die vorliegende Untersuchung unverzichtbar. Schließlich muß aber ebenso aus pragmatischen Gründen auf sie zurückgegriffen werden, da keine anderen Zahlen in der erforderlichen Detailliertheit zur Verfügung stehen, um Ausgangspunkt und Effekte der Reform zu bestimmen. Dabei muß man sich allerdings der grundsätzlichen Mängel dieser Angaben bewußt sein. So waren die Produktionskennziffern zum Teil in dem Sinne unreal, als manche Erzeugnisse nicht absetzbar waren. Darüber hinaus hatten die Betriebe ein Interesse daran, die Meldungen an die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik in der einen oder anderen Richtung - je nach der Berichtskennziffer - zu "korrigieren". Dieses Interesse resultierte aus der Konstruktion des Steuerungs- und Koordinierungsmechanismus, vor allem des Bonussystems. Aber die Möglichkeiten, die zur Verfügung stehenden Inputs herunter- und die erreichten Resultate hochzurechnen, waren auf Manipulationen begrenzt, von denen man glaubte, daß sie nicht auffielen. Insbesondere gibt es keinen Grund für die Annahme, daß die Neigung, die statistische Berichterstattung zu "schönen", über die Branchen ungleichmäßig verteilt war. Daher wird im folgenden von einem homogenen systematischen Fehler ausgegangen.

Um einen der Mängel zu begrenzen, die den offiziell veröffentlichten Statistiken anhaften, beruhen die Angaben des Tabellenanhangs, die in der Untersuchung regelmäßig zur Beurteilung der realwirtschaftlichen Situation herangezogen werden, für die Produktion und alle Produktivitätsangaben nicht auf Brutto-, sondern auf bisher unveröffentlichten Nettoproduktionswerten. Wertanga-

1 Vgl. u.a.: C.-H. Janson, Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf u.a. 1991; G. Mittag, Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin u.a. 1991; H. Wolf, Hatte die DDR je eine Chance?, Hamburg 1991; C. Krömke, Das "Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" und die Wandlungen des Günter Mittag (hefte zur ddr-geschichte 37), Berlin 1996; Poltergeist im Politbüro. Siegfried Prokop im Gespräch mit Alfred Neumann, Frankfurt/O. 1996; G. Schürer, Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie, Frankfurt/O. 1996; L. Elm/D. Keller/R. Moczyk, Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. VI: Wirtschaft, Bonn, Berlin 1996. Siehe auch die Interviews in: Pirker u.a., Der Plan als Befehl und Fiktion.

2 Vgl. W.F. Stolper, The Structure of the East German Economy, Cambridge 1960.

ben aus der DDR-Statistik wurden auch infolge der Inkonsistenz und Willkürlichkeit der zugrunde liegenden Preise in Zweifel gezogen. Insbesondere betrifft dies Daten, die auf laufenden Preisen beruhen, da diese vielfach administrativen und unkoordinierten Änderungen unterlagen. Die den hier benutzten Daten zugrunde liegenden vergleichbaren Preise von 1967 für die Produktionswerte und von 1966 für das Brutto-Anlagevermögen sind dagegen "weniger schlecht", da sie das Ergebnis der als Bestandteil der Wirtschaftsreform durchgeführten Industriepreisreform bzw. Grundmittelumbewertung sind.¹ Sie sind den tatsächlichen Kostenverhältnissen angenähert. Angemerkt werden muß freilich, daß die nachträgliche Umrechnung der Daten aus der Zeit vor 1966/67 möglicherweise - nicht zu quantifizierende - Fehlerquellen enthält. Insgesamt bleibt festzuhalten, daß sowohl die benutzten Primärdaten als auch die aus ihnen errechneten Indizes und Zuwächse nicht mit Angaben aus westlichen Statistiken zu vergleichen sind. Solange aber - wie in der vorliegenden Untersuchung - das Bezugssystem nicht gewechselt wird, können diese Werte herangezogen werden, um Veränderungen im zeitlichen Ablauf und Unterschiede zwischen den Struktureinheiten aufzuzeigen.

Die vorliegende Arbeit ist primär nicht chronologisch aufgebaut, sondern nach einzelnen Gebieten wirtschaftlicher Lenkung und Koordination gegliedert, deren Darstellung dem zeitlichen Ablauf folgt. Gleichwohl wird der zeitliche Bogen vom ersten zum vierten Kapitel gespannt, indem erst im letzten dargestellt wird, welche Entwicklungen zum Abbruch der Reform führten und wie dieser vorstatten ging. Im ersten Kapitel werden die Grundlagen für die Analyse der Wirtschaftsreform gelegt. Im Mittelpunkt stehen die Entwicklung der Institutionenordnung, der Gesamtkonzepte der Reform sowie wesentliche Momente der Lenkung der Produktion. Daneben wird hier auch auf die politischen und die von der Sowjetunion bestimmten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eingegangen. Die unbefriedigende Funktionsweise des Lenkungs- und Koordinationsmechanismus und die realwirtschaftliche Situation vor der Reform sowie die sowjetische Ablehnung eines Versuchs, sie die Modernisierung der DDR-Industrie alimentieren zu lassen, führten zu dem Entschluß, den Wirtschaftsmechanismus umzugestalten und damit innere Antriebskräfte für die Modernisierung freizusetzen. Bei der Realisierung der nach langwierigen Diskussionen und Erprobungen entstandenen Gesamtkonzepte von 1963 und 1968 erwies es sich für den Erfolg einer solchen von "oben" eingeführten Reform als entscheidend, ob deren Prinzipien dem Personal in den zentralen Wirtschaftsinstanzen wie auch den Führungskräften der Wirtschaftseinheiten vermittelbar waren und inwieweit diese tatsächlich die Möglichkeit hatten, sich den neuen Regeln entsprechend zu verhalten. Desgleichen hatte die Position der Mitglieder der SED-Spitze bzw. der Chefs der verschiedenen zentralen Wirtschaftsinstanzen zur Reform einen nicht unbedeutenden Einfluß auf ihre Umsetzung. Ebenso werden die Wechsel im innen- und außenpolitischen Klima deutlich, die die Reform begleiteten. Unter wirtschaftlichen Aspekten wird im ersten Kapitel vor allem der Frage nachgegangen, inwiefern die allgemeine Produktionslenkung und dabei die Sicherung der Verflechtungsbeziehungen rationalisiert werden konnte. Außerdem wird aufgezeigt, wie das Außenhandels-

1 Vgl. das zweite Kapitel.

monopol des Staates modifiziert und die Industriebetriebe mit den Exportergebnissen ihrer Erzeugnisse konfrontiert wurden.

Dafür hatte wiederum die Gestaltung der Preise eine entscheidende Bedeutung. Das Preissystem war im Staatssozialismus nicht nur Instrument des Lenkungs- und Koordinationsmechanismus, sondern selbst Gegenstand der Steuerung, was es rechtfertigt, ihm das zweite Kapitel zu widmen. Darüber hinaus kam ihm für den Erfolg der Reform deshalb zentrale Bedeutung zu, weil sie die finanzwirtschaftlich orientierten Lenkungsmethoden beträchtlich aufwertete. Nach einer Würdigung der Preise vor der Umgestaltung wird auf den ersten Schritt, die Neubewertung des Anlagevermögens (Grundmittelumbewertung), eingegangen. Anschließend werden die theoretischen und wirtschaftspraktischen Aspekte diskutiert, die die Prinzipien für die neuen Preise, deren tatsächliche Festlegung und schließlich die Ergebnisse der Industriepreisreform bestimmten. Darüber hinaus werden dann der auf dieser Grundlage zu schaffende "eigentliche" Preismechanismus der Wirtschaftsreform und seine Resultate erörtert. In diesem Zusammenhang ist auch auf den unter Systemgesichtspunkten weitestgehenden Anreiz, die Produktionsfondsabgabe, eine Art "Kapitalzins", einzugehen.

Das dritte Kapitel widmet sich der Lenkung der Arbeitskräfte und in diesem Zusammenhang den Leistungsanreizen für die Beschäftigten und die Betriebe. Dabei geht es um die Frage, wie die Betriebe bei grundsätzlicher Beibehaltung der Planung dazu bewegt werden konnten, möglichst hohe Aufgaben zu übernehmen. Im Mittelpunkt steht der Anreiz, der von den Regelungen ausging, nach denen sich die Prämienmittel der Betriebe bestimmten. Die Leistungsanreize für die Beschäftigten sollten an die Prämie gekoppelt werden. Darüber hinaus mußten aber Wege gefunden werden, die Produktivitätsorientierung des Lohnes durchzusetzen. Dabei befanden sich die SED-Spitze und die zentralen Wirtschaftsinstanzen seit langem in einem Dilemma, das daraus rührte, daß sie den Beschäftigten als "Gesamtunternehmer" gegenüberreten mußten und gleichzeitig sich selbst als Sachwalter eines "Arbeiter-und-Bauern-Staates" zu legitimieren hatten. In einer ganz ähnlichen Zwangslage befand man sich im Zusammenhang mit der ebenfalls als Leistungsanreiz wirksam zu machenden Partizipation der Beschäftigten an den wirtschaftlichen Entscheidungen, die auch hier zu behandeln ist.

Das Hauptziel der Wirtschaftsreform, die Volkswirtschaft der DDR zu modernisieren und auf den internationalen Stand der technischen Entwicklung zu heben, die dafür genutzten Mittel und Instrumente sowie die solchermaßen erreichten Ergebnisse im Strukturwandel behandelt das vierte Kapitel. Insbesondere geht es hier darum, wie die FuE-Bemühungen und die Investitionen mit dem Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel gelenkt wurden. Dabei geraten die Budgetbeschränkungen der Wirtschaftseinheiten bis hin zur Konkursfähigkeit ebenso ins Blickfeld wie die Schaffung von Konzentrationspunkten für die Innovationsanstrengungen in Form der Kombinate und Großforschungszentren. Die Forcierung des Strukturwandels stand insbesondere in der zweiten Reformphase im Zentrum aller Bemühungen und verselbständigte sich derart, daß sich damit der Reformprozeß selbst zu blockieren begann. Das daraus resultierende Anwachsen der volkswirtschaftlichen Ressourcendefizite erforderte zunehmende operative Interventionen der Zentrale in die Wirtschaftsabläufe. Daher kam es zu einer schleichenden Abkehr von den Reformprinzipien und -mechanismen, die schließlich im Zusammenspiel mit verschiedenen politischen Problemen auch ihre Kodifi-

zierung fand. Am Schluß ist noch einmal zusammenzufassen, welche Schwierigkeiten mit dem Reformmechanismus gelöst werden konnten und welche unter den gegebenen Systemprämissen bestehen bleiben mußten.

Die vorliegende Arbeit, die im Oktober 1997 von der Fakultät für Volkswirtschaftslehre der Universität Mannheim als Habilitationsschrift angenommen wurde, hätte ohne die Unterstützung und Anregungen einer Vielzahl von Personen und Institutionen in dieser Form nicht vorgelegt werden können. Als erstes ist die Geduld und die Hilfsbereitschaft der Mitarbeiter des Bundesarchives in (zum Zeitpunkt der Benutzung) Potsdam und Coswig, der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, des Archivs des Statistisches Bundesamtes in der Außenstelle Berlin und des Firmenarchivs der Niles GmbH hervorzuheben. Eine solche Untersuchung braucht aber auch eine wissenschaftlich streitbare und anregende Umgebung, die der Verfasser am Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Mannheim unter der Leitung von Christoph Buchheim fand. Er begleitete die Entstehung des Manuskripts mit konstruktiver Kritik und hilfreichen Kommentaren. Außerdem unterstützte Dietrich Staritz den Verfasser mit wichtigen Vorschlägen und kritischen Anmerkungen. Auch die anderen Mitarbeiter des Arbeitsbereichs DDR-Geschichte des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung trugen zu einer produktiven Arbeitsatmosphäre bei. Neben Christoph Buchheim unterzogen sich Jürgen von Hagen (jetzt Bonn) und Dietmar Petzina (Bochum) der Mühe, die Studie zu begutachten und vielfältige Anregungen vorzubringen. Die Anstrengung des Korrekturlesens des Manuskripts nahm Annette Wilczek auf sich. Die Arbeit unterstützte in einem frühen Stadium die Fritz Thyssen Stiftung. Weiter wurde der Autor aus dem Wissenschaftler-Integrations-Programm des Hochschulerneuerungsprogramms für die neuen Länder alimentiert. Die Fertigstellung der Arbeit ermöglichte schließlich ein Habilitandenstipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Allen Genannten sei an dieser Stelle ausdrücklich und herzlich gedankt.

Die Entwicklung und Implementation der Reform

1. Ausgangssituation

Wirtschaftliche Lenkung und Koordination vor der Reform

Die Institutionenordnung im Bereich der wirtschaftlichen Lenkung war in der DDR Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre in hohem Maße hierarchisch und bestand aus zwei in ihren Kompetenzen ineinandergreifenden, mitunter gegeneinander arbeitenden und in der Spitze personell verflochtenen Säulen: der staatlichen Wirtschaftsbürokratie und dem SED-Parteiapparat. In der Wirtschaftsbürokratie hatte die Staatliche Plankommission (SPK) faktisch eine herausgehobene Position. Über großes Gewicht verfügten auch das für die finanzwirtschaftliche Steuerung zuständige Ministerium der Finanzen (MdF) sowie durch die relativ hohe Außenhandelsabhängigkeit der DDR das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI). Das Verhältnis der verschiedenen Querschnittsinstanzen war nicht friktionslos. Der übergeordnete Status der Planungsbehörde ergab sich daraus, daß sie in den Volkswirtschaftsplänen die Verflechtungen zwischen den verschiedenen Steuerungsgebieten herzustellen und Partikularinteressen zurückzuweisen hatte, die volkswirtschaftlichen, oft aber auch politisch dominierten Prioritäten entgegenstanden. Für die unmittelbar operative Leitung war seit 1961 nach sowjetischem Vorbild der Volkswirtschaftsrat (VWR) verantwortlich, dem trotz seines Namens nur die Industrie unterstand. Er verfügte über Querschnittsabteilungen, gegliedert nach den verschiedenen wirtschaftlichen Steuerungsgebieten, sowie über nach Bereichen gegliederte Industrieabteilungen. Neben der operativen Leitung war der VWR für die Vorbereitung und Umsetzung der Jahrespläne zuständig. Die SPK, die zwischen 1958 und 1961 auch diese Funktionen ausgeübt hatte, sollte sich auf die Perspektivplanung und die Koordination der Jahrespläne konzentrieren, weil sie mit der Bündelung aller Kompetenzen überfordert war.¹ Die den zentralen Instanzen nachgeordneten Hierarchiestufen waren zweigeteilt. Der als besonders wichtig erachtete Teil der Industrie, vor allem die Großindustrie, war ihnen direkt unter-

¹ Vgl. u.a.: Auszug aus stenographischer Niederschrift der Beratung über die Durchführung des Planes 1961 ... am 21.6.61, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/198.

stellt. Er wurde daher als zentralgeleitete Industrie bezeichnet und war in staatlichem Eigentum. Die Mittel- und Kleinindustrie, die sich insbesondere im Bereich der Konsumgüterproduktion und der Versorgungswirtschaft konzentrierte, wurde durch der SPK und dem VWR nachgeordnete territoriale Instanzen, den Bezirksplankommissionen und den Bezirkswirtschaftsräten, gelenkt, denen wiederum entsprechende Abteilungen bei den Räten der Kreise unterstellt waren. Zur territorial geleiteten Industrie gehörten alle Eigentumsformen: staatliche und genossenschaftliche, halbstaatliche und private Betriebe. Dieser Bereich umfaßte 1961 zwar fast 90 % der Betriebe, erbrachte aber lediglich ein Drittel der industriellen Bruttoproduktion.¹ In der zentralgeleiteten Industrie waren den Industrieabteilungen des VWR wiederum 71 Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) nachgeordnet, die in der Regel die Betriebe einer Branche zusammenfaßten. Abgesehen von der Akklamation der Pläne durch die Volkskammer lag die letzte Entscheidung aller wesentlichen Fragen staatlicherseits beim Ministerrat und dort faktisch bei seinem Präsidium, dem die angeführten zentralen Instanzen untergeordnet waren. Die wichtigsten Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates gehörten auch den Spitzengremien der SED an.

In der SED berieten und entschieden das Politbüro bzw. das Sekretariat alle grundlegenden wirtschaftlichen Fragen. Schlüsselpositionen besaßen dabei der Parteichef und das für Wirtschaft zuständige Mitglied des Sekretariats bzw. des Politbüros des ZK, der auch die Arbeit der wirtschaftspolitischen Abteilungen des ZK der SED leitete. Diese waren quantitativ und qualitativ ausgedehnt worden, nachdem 1958 Erich Apel die neugebildete Wirtschaftskommission beim SED-Politbüro übernommen hatte.² Sie umfaßten Branchen- und Querschnittsabteilungen. Vergleichbare Zuständigkeiten und Apparate bestanden auf den untergeordneten Hierarchieebenen der SED (Bezirks- und Kreisleitungen). Darüber hinaus konnte die Partei ihren Einfluß in der Wirtschaft über ihre Mitglieder sowie die in allen Betrieben und Leitungsinstanzen tätigen Parteiorganisationen und deren Sekretäre geltend machen. Entscheidender für das Verhältnis zwischen Wirtschaftsbürokratie und Parteiapparat war jedoch, daß Beschlüsse der Parteispitze von den staatlichen Instanzen zu übernehmen waren. Diese Praxis wurde im Sommer 1960 vom Politbüro festgeschrieben. Wenige Tage später stimmte der Ministerrat zu.³ Zudem wiesen im Frühjahr 1961 ZK-Vertreter noch einmal auf das ebenso gängige Verfahren hin, daß die SPK keine Grundsatzentscheidungen zu treffen

-
- 1 Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1962, Berlin (O) 1962, S. 242f. Vgl. zum Leitungsaufbau: H. Buck, Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten, Coburg 1969, S. 360f., Anlage 12.
 - 2 Dieses Gremium war geschaffen worden, um Apel faktisch als Verantwortlichen für Wirtschaft in der SED-Spitze einzusetzen. Da Apel erst 1957 Mitglied der SED geworden war, konnte er nicht 1958 in das höchste Gremium der Partei einrücken. Da ihm aber mit der Wirtschaftskommission der wirtschaftliche Teil des ZK-Apparates unterstellt wurde, hatte Apel real alle Kompetenzen des ZK-Sekretärs für Wirtschaft. Nachdem er im Juli 1961 in diese Funktion gewählt wurde, hatte die Wirtschaftskommission ihre Funktion erfüllt. Einen formalen Beschluß zu ihrer Auflösung gab es nicht. (Vgl. Dokumente der SED, Bd. VIII, S. 452.)
 - 3 G. Naumann, Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 12. Juli 1960, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 22, 1990, S. 513-518.

haben. Diese seien vielmehr dem SED-Politbüro oder dem Ministerrat vorzulegen.¹ Wirtschaftliche Rationalität war so auch institutionell den politischen Vorgaben und deren Räson untergeordnet, was aber nicht ausschloß, daß sie doch übereinstimmten. Begründet wurde dies mit dem Anspruch der SED, exklusiv über die Kenntnis des einzuschlagenden Weges zu verfügen. Entscheidungen der Parteispitze beruhten auf Vorlagen ihrer jeweils verantwortlichen Mitglieder und waren meist in den ZK-Abteilungen entstanden, oder gingen auf Ausarbeitungen der Wirtschaftsbürokratie und dazu vorliegenden Stellungnahmen der ZK-Abteilungen zurück. Darüber hinaus hatte die Partei bei der Besetzung der entscheidenden Leitungspositionen nicht nur im eigenen, sondern auch im staatlichen Apparat das letzte Wort (Nomenklaturprinzip).² Damit waren die Führungskräfte der Wirtschaft auch über ihre meist ohnehin vorhandene Parteimitgliedschaft hinaus von der SED abhängig. Ihr Einfluß auf die wirtschaftlichen Entscheidungen der zentralen Ebene fand seine Entsprechung in den Bezirken und Kreisen, wobei sich dies dort allerdings komplizierter gestaltete, da beispielsweise ein zentralgeleiteter Betrieb den nicht immer koordinierten Interventionen der zentralen Wirtschaftsbürokratie und der VVB sowie des ZK-Apparates und der territorialen Parteiinstanzen ausgesetzt war und der Betrieb versuchte, deren Differenzen zu seinen Gunsten zu nutzen.

Die Wirtschaftslenkung war insgesamt hochgradig zentralisiert. Dies betraf nicht nur das Verhältnis der zentralen Instanzen zu den VVB, sondern auch das der mittleren Hierarchiestufe zu den Betrieben. Begründet wurde das unter anderem mit der ungenügenden Qualifikation vieler Verantwortlicher. Im Verlaufe des Transformationsprozesses war das Führungspersonal oft nach politischer Zuverlässigkeit ausgewählt worden. Die fachliche Ausbildung der neuen Eliten und der Personalwechsel erforderten Zeit, so daß die professionellen Fähigkeiten auch Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre häufig noch unzureichend waren. Daneben waren es aber die geringen Verfügungsrechte der Betriebe und VVB, die dafür sorgten, daß deren Führungspersonal nach Einschätzung der SPK das "erforderliche ökonomische Urteils- und Denkvermögen" fehlte. Sie neigten dazu, schwierige Fragen an die übergeordneten Instanzen weiterzugeben. Das galt ebenso innerhalb der zentralen Wirtschaftsinstanzen. Daher beschäftigten sich Spitzenfunktionäre - obwohl das immer wieder kritisiert wurde - mit zahllosen Einzelheiten. Außerdem beklagte man spiegelbildlich zum Zentralismus auf allen nachgeordneten Ebenen Unsicherheit und mangelnde Entscheidungsfreude.³ Einer der eigenwilligsten Wirtschaftsverantwortlichen, Fritz Selbmann, erklärte in einer Spitzenberatung im Juni 1961, die "Angst vor Entscheidungen" auf allen Ebenen beruhe vor allem darauf, daß sich alle fürchteten, eine Fehlentscheidung zu treffen und danach wie "ein Trottel oder

1 Abt. Planung und Finanzen: Information über die Sitzung des Plenums der SPK am 19.4.61 ..., 21.4.61, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/75.

2 Vgl. H. Zimmermann, Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr, Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 327ff.

3 Leuschner an Ulbricht, 24.6.60: Gesichtspunkte zur Veränderung der Arbeitsweise, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/52; Bericht über Aussprachen mit Werkleitern ehemaliger SAG-Betriebe ..., [15.9.61], SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/125.

ein Schubiack" behandelt zu werden.¹ Diese unzureichende Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, zeigte sich auch in der Konzentration auf das eigene Arbeitsgebiet, was immer wieder als "Ressortgeist" gescholten wurde. Dies wurzelte ebenfalls in der starken Zentralisierung des Systems und demonstrierte auch dessen Grenzen, komplexen Prozessen gerecht zu werden. Da die Verantwortlichen in der Wirtschaftsbürokratie aller Ebenen immer wieder die Erfahrung machten, daß der Parteiapparat in ihre Arbeit eingriff und sich mit seinen extralegalen Interventionen besser durchsetzte als sie selbst, wandten sie sich immer öfter an ihn und erwarteten schließlich sogar sein Eingreifen.² Bei dem Machtanspruch der SED mußte ihr Apparat letztlich die Arbeit der verschiedenen Wirtschaftsinstanzen koordinieren, denn der dafür zuständige Ministerrat erwies sich als zu schwach, weil sich die nachgeordneten Instanzen bereits an den Parteiapparat gewandt hatten. Die personelle Verquickung an der Spitze tat dazu ein übriges.

Der SED-Apparat wirkte aber nicht nur als Koordinierungsinstanz, sondern auch als Korrektiv bei sich abzeichnenden wirtschaftlichen Problemen und als Entscheidungsinstanz bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Wirtschaftsbürokratie. So setzte Apel beispielsweise durch, daß an den Leitungssitzungen der SPK und des VWR immer ein Vertreter der wirtschaftspolitischen ZK-Abteilungen teilnahm. Diese koordinierten dann auch ganz wesentlich die Tätigkeit beider Einrichtungen, die sich von Anfang an für bestimmte Bereiche wechselseitig die Verantwortung zuschieben wollten und auf anderen Gebieten um die Kompetenzen stritten.³ Infolge dieser Strukturen herrschte zwischen den Mitarbeitern der SPK und des Parteiapparats eine Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens. Die Vertreter der SPK mußten immer wieder ermahnt werden, mit denen des ZK ohne Geheimniskrämerei zusammenzuarbeiten; entscheidend war nach Apel, daß die SED-Politik umgesetzt werde.⁴ Gleichzeitig wurden die Parteifunktionäre unter Berufung auf sowjetische Erfahrungen dazu angehalten, die "scharfe Trennung" zwischen Partei und Staatsapparat bei der Lösung wirtschaftlicher Aufgaben aufzugeben. Ohne zu reglementieren und ohne Schematismus sollte sich der Parteiapparat für alle Fragen der Volkswirtschaft verantwortlich fühlen und, wenn erforderlich, unmittelbar eingreifen.⁵ Die Machtverhältnisse zeigten sich auch darin, daß in den Staatsapparat versetzte Parteifunktionäre so schnell wie möglich in die SED-Hierarchie zurückkehren wollten.⁶

-
- 1 Auszug aus der stenographische Niederschrift der Beratung über die Durchführung des Planes 1961 ... am 21.6.61, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/198.
 - 2 Protokoll der Sitzung der Wirtschaftskommission des Politbüro am 25.9.59, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/13; Apel an Wunderlich, 27.10.59, BA DE1/2452; Auszug aus der stenographische Niederschrift der Beratung über die Durchführung des Planes 1961 ... am 21.6.61, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/198.
 - 3 Apel an Ulbricht, 8.8.61, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/32; [Schürer]: Probleme für die Aussprache mit Genossen Neumann und Mewis, [August 1961], SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/65.
 - 4 Protokoll der Sitzung der Wirtschaftskommission des Politbüros am 25.9.59, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/13; Apel an Leuschner, 12.9.59, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/138.
 - 5 Bericht der Parteidelegation zum Studium der Arbeit der KPdSU ..., April 1960, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/337.
 - 6 SPK, Bretschneider an ZK der SED, Abt. Planung und Finanzen, Hannemann, 4.6.60, SAPMO-BA DY30

Das war nicht nur für die zentrale Ebene, sondern ebenso für die Territorien, Betriebe und Branchenleitungen charakteristisch. Verschärfend trat dort meist noch hinzu, daß nicht nur die gleichrangigen, sondern auch die übergeordneten Gliederungen des Parteiapparates Einfluß nahmen. Alles in allem war die Wirtschaftsbürokratie vom Parteiapparat abhängig, was sich aber infolge von Personalfluktuationen zwischen beiden Machtsäulen nicht immer so eindeutig darstellte. Das letzte Wort hatte zwar die politische Führung, aber die Fachinstanzen der Wirtschaftsbürokratie prädisponierten mit ihren Vorlagen und Ausarbeitungen deren Entscheidungen. Jedoch verfügte die SED-Spitze in Gestalt der wirtschaftspolitischen ZK-Abteilungen über einen Apparat, der die Gestaltung dieser Entscheidungsgrundlagen wiederum kontrollierte und mitbestimmte.

Wichtigstes Instrument der Wirtschaftslenkung blieb Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre der Jahresplan, obwohl bereits länger darauf gedrungen worden war, den mittelfristigen Plänen einen größeren Stellenwert einzuräumen. Aber angesichts der Instabilitäten der wirtschaftlichen Entwicklung zu dieser Zeit waren diese oft schnell veraltet. Das größte Gewicht für die Steuerung der Industriebetriebe hatte der Produktionsplan. Über einen etwas niedrigeren, aber trotzdem deutlich herausgehobenen Stellenwert verfügte auch der für die Strukturentwicklung besonders wichtige Investitionsplan. Im Planungsprozeß zeigten sich deutlich die Verfügungsrechte der einzelnen Institutionen. Die SPK erarbeitete zentral vor allem auf der Basis der Planerfüllung des Vorjahres Orientierungsziffern für den kommenden Plan, die den politischen Vorgaben der SED-Spitze gerecht zu werden hatten. Bereits in dieser Phase stimmte sich die SPK laufend mit den wirtschaftspolitischen ZK-Abteilungen ab. Nachdem das SED-Politbüro und die Regierung diesen Orientierungsziffern zugestimmt hatten, wurden sie über den VWR (ab 1961) und die VVB bis zu den Betrieben nach "unten" immer weiter aufgegliedert und präzisiert. Bereits seit Ende der fünfziger Jahre beklagten sich die zentralen Instanzen in diesem Zusammenhang, daß die VVB die Vorgaben nur formal aufteilten und dabei viel zu wenig eigene inhaltliche Vorstellungen und Konzeptionen entwickelten, wie sich ihr Verantwortungsbereich im Planzeitraum wirtschaftlich entwickeln sollte. Ebenso würden sie zu wenig die Planungen der zentral und der territorial geleiteten Betriebe ihrer Branchen koordinieren.¹ Die VVB waren aber vor allem wegen ihrer geringen Verfügungsrechte nicht unbedingt daran interessiert, den Erwartungen der zentralen Instanzen gerecht zu werden. Dieses Problem wurde zwar 1959/60 etwas gemildert, indem die Branchen im Rahmen längerfristiger Planungen entsprechende Konzeptionen, wie z.B. die Industriezweigökonomiken, auszuarbeiten hatten. Aber wegen der unten zu behandelnden Wirtschaftskrise 1960/61 und ihrer Folgen waren diese Programme innerhalb kurzer Zeit veraltet. Die VVB arbeiteten nicht als Wirtschaftseinheiten, sondern als Verwaltungsinstanzen. Ein Betriebsdirektor meinte dazu im November 1962: "Um es auf einen Nenner zu bringen, stellen unsere VVB's weiter nichts dar als wie einen Postboten mit Vervielfältigungscharakter, indem jede Anordnung, Weisung oder Mitteilung des Volks-

IV 2/608/49.

1 Wolter: Information über den Stand ..., 18.12.58, SAPMO-BA DY30 IV 2/608/52; SPK, HA Perspektivplanung: Zum Stand der Ausarbeitung ..., 14.4.59, BA DE1/3069.

wirtschaftsrates in den VVB in der entsprechenden Anzahl der Betriebe vervielfältigt (...) und den Betrieben zugestellt wird, wo sich das Papier immer mehr häuft."¹

Die Betriebe entwarfen auf der Basis der von "oben" vorgegebenen Orientierungsziffern einen Planvorschlag, der ihre zu erreichende Leistung und die erforderlichen Inputs enthielt. Die Planvorschläge der Betriebe wurden über die einzelnen Hierarchiestufen bis zur SPK zusammengefaßt und auf jeder Ebene versucht, diese zu koordinieren. Die oberste Planungsinstanz hatte dann die verschiedenen binnen- und außenwirtschaftlichen Erfordernisse und Möglichkeiten sowie die politischen Ziele in ein Gleichgewicht zu bringen und damit - wie es hieß - den Plan zu "bilanzieren". In diesem Prozeß spielten, bis der Plan durch das SED-Politbüro und die Regierung beschlossen war, die wirtschaftspolitischen ZK-Abteilungen mit eigenen Ausarbeitungen und Stellungnahmen zu den Vorlagen der SPK und des VWR eine entscheidende Rolle. Der Parteiapparat versuchte soweit wie möglich, den gesamten Planungsprozeß bis auf die unteren Ebenen zu verfolgen und zu überwachen. Für den von der SPK ex ante zu bestimmenden makroökonomischen Entwicklungspfad drängte die Parteispitze auf ein forciertes Wachstum, was wegen des Anspruchs auf Vollbeschäftigung und Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse sowie aus Gründen der Systemkonkurrenz und der Außendarstellung und damit schließlich in letzter Instanz zur Sicherung der Macht der SED erforderlich war. In der SPK neigte man aber, ohne dieses Ziel grundsätzlich in Frage zu stellen, eher dazu, auch die für das Wachstum gegebenen realen Voraussetzungen zu berücksichtigen. Doch alles in allem forderten die Spitzen von Partei, Regierung und SPK² bei der Planausarbeitung einen möglichst hohen Zuwachs des Output bei niedrigem Input. Nachdem der Plan beschlossen war, wurden seine Aufgaben wiederum von "oben" nach "unten" disaggregiert. Die dann letztlich für den Betrieb verbindlichen Leistungs- und Inputvorgaben unterschieden sich - durch die verschiedenen Interessen im Planungsprozeß - vom ursprünglichen Planvorschlag. In diesem bürokratischen Prozeß wurde über die Allokation der Produktionsfaktoren sowie über die Höhe des Outputs und seine Verwendung im Detail entschieden. Die Allokationsstruktur war in Bilanzen festgeschrieben, die Aufkommen und Verwendung gegenüberstellten und damit faktisch ein Gleichgewicht behaupteten.³

Obwohl den nachgeordneten Ebenen kaum Verfügungsrechte zukamen, war dieser aufwendige Prozeß für die ex ante Koordinierung der Wirtschaftsaktivitäten notwendig, weil die zentralen Instanzen nicht über alle Kapazitäten, Ressourcen und Produktionsfunktionen informiert sein konnten. Darüber hinaus bot die Beteiligung der nachgeordneten Ebenen bis zu den Betrieben und ihren Beschäftigten an der Planausarbeitung im Ansatz die Gelegenheit, bei diesen ein Eigentümerbewußtsein zu schaffen, indem ihnen formal die Möglichkeit gegeben wurde, an Verfügungsentschei-

-
- 1 VEB Funkwerk Dresden, Betriebsdirektor, Tietze an Mittag, 28.11.62, SAPMO-BA DY30 IV 2/604/11 (Hervorhebung im Original).
 - 2 Innerhalb der SPK traten zwischen den bereichsorientierten Fachabteilungen und der SPK-Leitung ähnliche Interessengegensätze wie zwischen der SPK und den nachgeordneten Ebenen auf.
 - 3 Zum technischen Ablauf dieses Prozesses vgl. J. Roesler, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin (O) 1978, S. 150ff.

dungen mitzuwirken. Damit sollten unter anderem Anreize entstehen, sich mit den Aufgaben zu identifizieren und diese besser zu erfüllen. Praktisch blieben jedoch die Partizipationsmöglichkeiten der nachgeordneten Hierarchiestufen und vor allem der Beschäftigten infolge der realen Verteilung der Eigentumsrechte stark eingeschränkt.¹ Die aus dem staatlichen Eigentum erwachsenden wirtschaftlichen Verfügungs- und Aneignungsrechte waren - abgesehen von der höchsten Instanz dem SED-Politbüro - in hohem Maße bei den zentralen Wirtschaftsinstanzen, darunter an erster Stelle der SPK konzentriert.² Alle wesentlichen, den Wirtschaftsprozess beeinflussenden Fragen wurden zentral entschieden: die Gründung oder Schließung von Betrieben, deren Produktionsprofil und dessen Änderung, die Allokation der Ressourcen, die Aufteilung zwischen Konsumtion und Investitionen, die Investitionsverteilung und einzuführende technische Entwicklungen, Ex- und Importe, Preis- sowie Finanzprobleme. Der wesentliche Unterschied zwischen den Verfügungs- und den Aneignungsrechten - unabhängig von der Hierarchieebene, auf der sie angesiedelt waren - bestand darin, daß erstere im Rahmen bestimmter Positionskompetenzen individualisiert wurden. Die Aneignung wirtschaftlicher Erlöse geschah dagegen nur in gemeinschaftlicher - sei es als Staat, Branche oder Betrieb -, aber nie in individueller Form. Die Verfügungsrechte konnten zu keiner Zeit vollständig zentralisiert werden. Bei den Aneignungsrechten gelang dies bis in die beginnenden sechziger Jahre weitgehend.

Die den nachgeordneten Ebenen bewilligten Rechte blieben unvollständig und zweckgebunden, denn sie bestanden nur im Hinblick auf zentral gesetzte Ziele und waren an deren Erfüllung geknüpft. In Abhängigkeit davon konnten die Betriebe Mittel für Prämien und Investitionen aus ihrem erwirtschafteten Gewinn oder dem Staatshaushalt verwenden bzw. erhalten.³ Daher waren sie zumindest formal interessiert, den Plan in seinen wesentlichen Vorgaben zu erfüllen. Um dies zu gewährleisten, lag den Betrieben und ihrem Führungspersonal daran, möglichst niedrige Planziele und hohe Ressourcenzuweisungen zu erhalten, wobei sie gleichzeitig vorhandene Kapazitäten und Vorräte zu verschleiern suchten, denn Ressourcen und nicht Geld bildeten in der Mangelwirtschaft die Budgetrestriktion. Dieses als "weiche Pläne" erörterte Phänomen wurde durch die allgemein aus Prinzipal-Agent-Beziehungen bekannte asymmetrische Informationsverteilung ermöglicht. Allerdings war die Erscheinung der "weichen Pläne" und anderer Formen der Leistungszurückhaltung immer relativ. Ihr stand der Expansionsdrang der Betriebe gegenüber, denn ein steigender Produktionsmaßstab versprach auch in Zukunft wachsende Inputs und erhöhte die eigenen Kompetenzen, wofür nach der Bürokratietheorie hohe Budgetzuweisungen als Indikator gelten konnten. Beiden

1 Vgl. zur Partizipation das dritte Kapitel.

2 Die folgende Darstellung von Struktur und daraus resultierenden Konsequenzen profitierte vor allem von: H. Leipold, Der Einfluß von Property Rights auf hierarchische und marktliche Transaktionen in sozialistischen Wirtschaftssystemen, in: A. Schüller (Hg.), Property Rights und ökonomische Theorie, München 1983, S.185-217; H. Riese, Geld im Sozialismus. Zur theoretischen Fundierung von Konzeptionen des Sozialismus, Regensburg 1990; J. Kornai, The Socialist System. The Political Economy of Communism, Oxford 1992.

3 Vgl. zu den Prämien das dritte Kapitel und zu den Investitionen das vierte Kapitel.

Tendenzen lag aber das dadurch dominierende Bestreben zugrunde, möglichst viele Ressourcen aller Art mit dem Plan zugewiesen zu bekommen. Finanziell war dies für die Betriebe kein Problem, da sie sicher sein konnten, letztlich auch im Fall negativer wirtschaftlicher Ergebnisse vom Staat alimentiert zu werden. Schon um die Vollbeschäftigung zu sichern und um die Überlegenheit des eigenen Wirtschaftssystems und die Perfektion seines Koordinationsmechanismus nachzuweisen, sah sich der Staat verpflichtet, keinen Betrieb in Konkurs gehen zu lassen und im allgemeinen den Finanzbedarf der Betriebe zu decken. Diese finanziell weiche Budgetbeschränkung - als "soft budget constraint" von Kornai in die Literatur eingeführt - war das Spiegelbild der beschränkten Betriebsautonomie und die Folge davon, daß die Planerfüllung Priorität vor der Wirtschaftlichkeit der eingesetzten Finanzmittel hatte.¹

Die zwischen Zentrale und Betrieb stehenden Hierarchiestufen verhielten sich in der Planausarbeitung zwiespältig. Von den ihnen übergeordneten Instanzen versuchten sie ebenso wie die Betriebe, die Voraussetzungen für maximales Produktionswachstum bei einem letztlich "weichen Plan" zu erhalten. Gegenüber den ihnen nachgeordneten Betrieben verlangten sie aber wie die Zentrale ein möglichst hohes Wachstum bei minimalem Ressourceneinsatz. Damit standen die nachgeordneten Struktureinheiten bis hin zu den Betrieben in einem Verhandlungs- bzw. Abstimmungsprozeß mit der ihnen vorstehenden Instanz über zu erbringende Leistungen und zur Verfügung stehende Inputs, was einen nicht unbeträchtlichen Transaktionsaufwand verursachte und die wechselseitigen Informationen erheblich verfälschte. Die übergeordneten Instanzen neigten dazu, in diesem Bargaining höhere Leistungen zu fordern, um dem Streben der nachgeordneten Ebenen nach "weichen Plänen" zu begegnen. Darüber hinaus hofften die Planer wohl, die vielfältigen Lücken und Löcher im Plan mittels höherer Produktion und damit mehr verteilbarem Ergebnis zu füllen. Deshalb wurden die Planvorgaben von "oben" regelmäßig überspannt, so daß die wirtschaftlichen Dysfunktionalitäten anstiegen. Außerdem wirkten zu hohe Vorgaben kontraproduktiv, da sie den damit Beauftragten ohnehin nicht erfüllbar erschienen.² Beides - überspannte Planvorgaben und deren kontraproduktive Wirkung - war Anfang der sechziger Jahre im Anschluß an die Ende der fünfziger Jahre von der SED-Spitze herausgegebenen Aufgabe, die Bundesrepublik in Produktivität und Lebensstandard einzuholen, deutlich zu beobachten.³ Auch die sowjetische Führung forderte von den DDR-Planern explizit, gegenüber den Branchen und Betrieben die Aufgaben zunächst möglichst hoch anzusetzen, auch wenn dadurch Spannungen im Plan entstünden. Entspannen könne man den Plan dann noch im Zuge der endgültigen Ausarbeitung.⁴ Als Reaktion auf die hohen Wachstums-

1 Vgl. die Kritik an Kornai in: Riese, Geld im Sozialismus, S. 70f.

2 Vgl. H. Hunter, Optimum Tautness in Developmental Planning, in: Economic Development and Cultural Change 9, 1961, S. 561-572; M. Keren, On the Tautness of Plans, in: Review of Economic Studies 39, 1972, S. 469-486.

3 Leuschner an Ulbricht, 24.6.60: Gesichtspunkte zur Veränderung der Arbeitsweise, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/52.

4 Mewis an Ulbricht, 2.5.62: Ergänzungs-Information über die Aussprachen mit den Gen. Sasjadko, Nowikow und Kossygin, SAPMO-BA, NY4182/1207.

vorgaben versuchten die nachgeordneten Einheiten ihre Ressourcenausstattung zu erhöhen. Zentral forciertes Produktionswachstum und Expansionsdrang der Betriebe trafen zusammen und verstärkten den allgegenwärtigen "Hunger" nach Ressourcen aller Art. Grundsätzlich war der Mangel aber dadurch bedingt, daß das Geld nicht knapp genug gehalten wurde, was sich in der weichen Budgetbeschränkung der Betriebe ausdrückte. Darüber hinaus blieben Anreize für einen sparsamen Ressourceneinsatz gering und schließlich sorgten Hortungserscheinungen ebenso wie Produktionsausweitung tendenziell für die Reproduktion des Mangels. Bei der im Planungsprozeß erfolgenden Allokation der Ressourcen über die Bilanzierung von Aufkommen und Verwendung standen die Wirtschaftseinheiten daher in Verteilungskonkurrenz, die in dem vertikal ablaufenden Bargaining entschieden wurde. Von den Ergebnissen dieses Verhandlungsprozesses hing in starkem Maße der Inhalt des Plans sowie seine mögliche und tatsächliche Erfüllung ab. Danach wurde wiederum der Betrieb und sein Führungspersonal bewertet, das in seiner Position von der übergeordneten Ebene abhängig war.

Das Verhalten der Wirtschaftseinheiten wurde aber auch durch den Inhalt der Pläne bestimmt und dies war - soweit die Planung nicht in Naturaleinheiten erfolgte - eine Frage der Bewertung der Güter und Leistungen. Darauf hatte einerseits die Wahl der herangezogenen Kennziffer einen Einfluß. Lange Zeit war die Bruttoproduktion als entscheidend betrachtet worden. Sie erfaßte die Vorleistungen mit, was zunächst den Vorteil hatte, daß die Einbeziehung aller Kapazitäten und Ressourcen durch die Betriebe begünstigt wurde. Nachteilig war jedoch der damit verbundene überhöhte und unrealistische Leistungsausweis sowie der Anreiz für die Produzenten, möglichst viele Vorleistungen zu verwenden. Daher wurde nach teilweise bereits weitergehenden Überlegungen im Plan 1961 die Warenproduktion als zusätzliche und im Plan 1962 als wichtigste Kennziffer in Kraft gesetzt, wobei auch der tatsächliche Absatz berücksichtigt werden sollte. Damit konnten einige Mängel der Bruttoproduktion beseitigt werden, aber der prinzipielle Nachteil einer Bruttokennziffer blieb bestehen.¹ Andererseits determinierte das Preissystem die Bewertung der Waren. Den Produktionsplänen lagen Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre "unveränderliche Planpreise" zugrunde, da der Plan frei von Preiseinflüssen das Wachstum widerspiegeln sollte. Sie waren auf Basis der verschiedenen Typen 1955 geltender Preise gebildet worden.² Die Planpreise waren in sich widersprüchlich und wichen erheblich von den effektiven Abgabepreisen ab, die aber ebenfalls kein konsistentes System im Sinne eines einheitlich zugrunde liegenden Preisbildungsprinzips bildeten.³ Da die Betriebe aber im Austausch die effektiven Preise realisierten und bezahlten, was sich entsprechend im Plananteil Finanzen niederschlug, mußten Diskrepanzen zwischen der materiellen und der finanziellen Planung sowie in den Verteilungsbilanzen entstehen.

1 [SPK:] Thesen zur Vervollkommnung ..., 5.4.60, BA DE1/29996; Beschluß der SPK über die Vervollkommnung der Methodik zur Planung ..., 21.11.60, BA DE1/1351; Apel an Ulbricht, 3.1.61: Direktive zur Verbesserung der Planung ..., 11.1.61, SAPMO-BA NY4182/967; Roesler, Planwirtschaft, S. 160f.

2 [SPK:] Zum Problem: Planpreise, [September 1959], BA DE1/12622. Zu den unveränderlichen Planpreisen vgl. Statistisches Jahrbuch 1965, S. 99.

3 Vgl. das zweite Kapitel.

Solche Diskrepanzen, die mangelhafte Koordinierung der verschiedenen Planteile und das Fehlen qualitativ ausreichender technisch-ökonomischer Normative eröffneten den Betrieben wiederum Spielräume, die sie mit ihren in den "weichen" Plänen versteckten Kapazitäts- und Ressourcenreserven noch vergrößerten. Diese "Polster" gaben ihnen die Chance, Lücken und Defizite in der Ausstattung mit Rohstoffen und Vorleistungen eigenständig - außerhalb der Pläne - zu schließen. Es entwickelte sich spontan und frei von zentraler Administration zwischen den Betrieben ein nicht vorgesehenes, naturalwirtschaftlich dominiertes Netz von Austauschbeziehungen. Es erforderte zwar von den Betrieben einen hohen Transaktionsaufwand. Aber der damit im Regelfall zu erzielende Grenznutzen - vor allem die sorten- und qualitätsgerechte Inputausstattung im Detail - war offenbar höher als in der Planausarbeitung. Der Betrieb sicherte damit die Planerfüllung ab und verhielt sich einzelwirtschaftlich rational. Gesamtwirtschaftlich trug dieser "graue" Markt wohl nicht unerheblich zum Funktionieren des Systems bei. Er ist ein Beleg für die Existenz und Durchsetzungsfähigkeit partieller wirtschaftlicher Eigenlogik in dieser Gesellschaft. Im übrigen zählten zu diesem Graubereich des Wirtschaftens auch die extra-legalen Eingriffe des Parteiapparates. Allerdings war dessen Durchbrechen formaler Regeln politisch sanktioniert. Aber unabhängig davon bildete die Tatsache, daß die Funktionsweise des Systems das Unterwandern seiner eigenen formalen Regeln erforderte, ein Symptom seiner Ineffizienzen. Diese erstreckten sich nicht nur auf die Allokation, sondern aus der Theorie der X-Effizienz ist bekannt, daß bei den beschriebenen Systembedingungen, unter denen Individuen und Betriebe von einer Maximierung ihrer Leistung nicht den größten Nutzen haben, zwangsläufig X-Ineffizienzen auftreten müssen, d.h. die Inputausstattung hätte höhere Leistungen erlaubt, als tatsächlich erbracht wurden. Am deutlichsten offenbarten sich solche Ineffizienzen im Staatssozialismus in den Hortungserscheinungen auf allen nachgeordneten Ebenen. Im Unterschied zur Theorie, die mit Bezug auf marktwirtschaftliche Verhältnisse entwickelt wurde und solche Defizite insbesondere auf der Mikroebene konstatiert, mußte auf Grund der Systemstruktur im Staatssozialismus diese X-Ineffizienz auf allen Hierarchieebenen und damit volkswirtschaftlich auftreten.¹

Da den zentralen Wirtschaftsinstanzen im Laufe der Zeit bewußt wurde, daß die sich aus dem Planungsprozeß ergebenden Informationen verfälscht und dort nicht alle für eine ex ante Lenkung des Wirtschaftslebens erforderlichen Informationen zu gewinnen waren, benötigten sie dafür eine weitere Quelle. Auf die Preise hatte man als unabhängige Informationsquelle und dezentrales Regulierungsinstrument bewußt verzichtet. Sie sollten als Recheneinheit und Anreiz für die Realisierung zentral festgelegter Ziele dienen. Ihre administrative Festlegung setzte somit die erforderlichen Informationen bereits voraus.² Als alternative Informationsquelle kam deshalb nur ein Kontrollsystem in Frage. Zwar hatten die verschiedenen Hierarchiestufen der Wirtschaftsbürokratie die Wirt-

1 Der "Vater" dieser Theorie, Harvey Leibenstein, wies selbst auf eine solche Möglichkeit hin. Zu den allgemeinen Grundzügen dieser Theorie und dem Auftreten derartiger Ineffizienzen in Staatsunternehmen - in marktwirtschaftlicher Umgebung - vgl. H. Leibenstein, *General X-Efficiency Theory and Economic Development*, New York u.a. 1978, S.17-36, 171-178.

2 Vgl. das zweite Kapitel.

schaftstätigkeit der ihnen nachgeordneten Wirtschaftseinheiten zu kontrollieren und darüber zu berichten. Dabei trat aber eine Divergenz zwischen Kontroll- und Aneignungsrechten auf. Den Verantwortlichen kam der Nutzen aus ihrer Kontrolltätigkeit nicht zugute; sie konnten ihn sich nicht aneignen. Daher vernachlässigten sie die Kontrolle und widmeten sich den ihnen wichtiger erscheinenden Dingen, wie der operativen Lenkung ihres Verantwortungsbereichs und den im Planungsprozeß erforderlichen Verhandlungen. Das wurde dadurch gefördert, daß mögliche Verluste selten persönlich zuordenbar waren und letztlich vom Staat übernommen wurden. Als Reaktion darauf waren behördeninterne und externe Instanzen geschaffen worden, die sich ausschließlich Kontrollaufgaben zu widmen hatten und damit faktisch anhand der Aufdeckung von Mißständen bewertet wurden. Allerdings setzte ihnen die zur Verfügung stehende Kapazität Grenzen. Außerdem hatten sie kaum Einfluß darauf, daß die tiefer liegenden, im Lenkungs- und Koordinationsmechanismus begründeten Ursachen für die Mißstände beseitigt wurden. Ihre Tätigkeit war in erster Linie darauf gerichtet, die Planerfüllung sicher zu stellen. Diese Kontrollinstanzen und damit die Informationsstrukturen innerhalb der Wirtschaftsbürokratie waren aber nicht von der Hierarchie unabhängig. Die entstehende Kontrollücke wurde zumindest teilweise vom SED-Apparat ausgefüllt, der in größerem Umfang Kontrollrechte wahrnahm. Er war gegenüber der Wirtschaftsbürokratie ungleich durchsetzungsfähiger als dessen eigene Kontrollinstanzen. Gleichwohl konnte auch der Parteiapparat die grundsätzlichen Informationsdefizite aller Wirtschaftssubjekte nicht aufheben. Er nahm die Kontrollfunktionen stärker wahr, obwohl seine Aneignungsrechte nicht größer als die der Wirtschaftsbürokratie waren. Dafür dürfte vielmehr der von den Parteifunktionären verinnerlichte und deren Handeln steuernde, über die Wirtschaft weit hinausgreifende paternalistische Anspruch der SED eine Rolle gespielt haben. Die Partei, als deren bester Teil sich ihr Funktionärskörper verstand, meinte am besten zu wissen, was sowohl mikro- als auch makroökonomisch erforderlich war, um die wirtschaftliche Leistung zu maximieren. Außerdem waren die Parteifunktionäre selbst nicht in die operative Wirtschaftstätigkeit eingebunden, so daß sie freier (manches Mal auch ungerichteter) urteilen konnten und angesichts der Omnipräsenz der SED wurden sie von der Bevölkerung letztlich für die wirtschaftlichen Mißstände und Defizite verantwortlich gemacht, auch wenn sie selbst die Schuld für wirtschaftliche Fehlschläge den staatlichen Instanzen anlastete. Deshalb griff der Parteiapparat auf quasi extralegale Weise in den Wirtschaftsprozeß ein.

Beide Kontroll- und Informationskanäle erwachsen aber nicht endogen aus den wirtschaftlichen Aktivitäten selbst und boten damit vielfältige Ansatzpunkte für verfälschende Interessen. Abgesehen von der mangelnden Kontrollbereitschaft in der Wirtschaftsbürokratie fehlte ihr aber ebenso wie dem Parteiapparat dazu auch die Fähigkeit. Die Vielzahl der Produktionsfunktionen mußte ihnen unzugänglich bleiben und daher verfügten sie über keine normative Basis zur Überprüfung der Angaben der Betriebe. Außerdem verdeckte die erforderliche Aggregation der Informationen punktuell auftretende Überschüsse bzw. Defizite ebenso wie die Verflechtungsbeziehungen im Detail. Die administrative Festlegung von verschiedenen Preisbasen und die dabei auftretenden Diskrepanzen verfälschten ebenfalls die Informationen. Deren unzureichende Qualität führte aber dazu, daß es der Zentrale weder gelingen konnte, einen konsistenten Plan aufzustellen, noch eine optimale Allokation zu erreichen. Inkonsistente Pläne waren aber per se nicht in allen Positionen zu

erfüllen. Da sich auf solche Weise erwies, daß die volkswirtschaftliche Komplexität zentral nicht zu beherrschen war, tendierte man dazu, den Koordinierungsmechanismus auf bestimmte Prioritäten zu konzentrieren, um eine gewisse Steuerungsfähigkeit zu erreichen. Damit verstärkten sich aber zwangsläufig die Ungleichgewichte.

Die Investitionen, mit denen Wachstum und Struktur der Volkswirtschaft langfristig bestimmt und gelenkt wurden, sahen die Parteispitze und die SPK als besonders wichtigen Schwerpunkt an. Ihnen gab die Zentrale, wenn bei der Planung über die Aufteilung des verteilbaren Endprodukts auf Investitionen und Konsumtion entschieden wurde, im Rahmen politischer und sozialer Opportunität den Vorrang. Diese zentrale Investitionspräferenz war wiederum mit dem "Investitionshunger" (Kornai) von "unten" gekoppelt, der eine spezielle Form des allgemeinen Strebens nach Ressourcen darstellte. Die Investitionspräferenz führte zu schnellem Wirtschaftswachstum, solange Arbeitskraftreserven mobilisiert werden konnten. Nachdem diese jedoch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erschöpft waren, zog die systematische Bevorzugung der Investitionen zum einen sinkende Anlagenproduktivität und zum anderen weiter wachsenden Ressourcen hunger nach sich.¹ Auf diese Weise wurde - in der DDR durch die innerdeutschen Wanderungsverluste verstärkt - die Vollbeschäftigung realisiert, und es bildete sich ein akuter Arbeitskräftemangel heraus. Gleichwohl verbargen sich dahinter Hortungserscheinungen der Betriebe und damit Produktivitätsreserven. Angesichts der (relativen) Erschöpfung des volkswirtschaftlichen Beschäftigungspotentials und der juristisch garantierten Arbeitsplatzsicherheit war es für die Betriebe schwierig, ihre Beschäftigten zu Leistungssteigerungen zu motivieren. Wirtschaftliche Anreize mußten ein bestimmtes Ausmaß erreichen, um wirksam zu werden. Deren Spielraum war aber dadurch begrenzt, daß diesem Gesellschaftstyp eine auf Gleichheit zielende Utopie zugrunde lag. Außerdem ergaben sich dabei makroökonomische Restriktionen aus dem Konsumgüterangebot. Die um die Arbeitskräfte konkurrierenden Betriebe fanden jedoch Wege, diese zentral vorgegebenen Grenzen zu umgehen, so daß die Lohnausgaben unplanmäßig stiegen.² Investitionspräferenz von "oben" und "Investitionshunger" von "unten" sowie Lohndrift verstärkten die Güternachfrage. Da die Preise im wesentlichen administrativ festgeschrieben waren, konnte einerseits die aus der Mangelwirtschaft resultierende Inflation unterdrückt werden, andererseits wurde aber der Mangel weiter verstärkt, weil die Preisentwicklung nicht die Nachfrage beschränkte. Der allgemeine Waren hunger war aber auch ein Grund, weshalb die Betriebe wenig Neigung zur Erneuerung ihrer Produktsortimente zeigten, da ihnen ohnehin alles abgenommen wurde.

Ein weiterer effizienzmindernder Faktor war die Tendenz, sich vom Weltmarkt abzuschotten. Sie resultierte zum einen aus der Systemkonfrontation im Kalten Krieg. Zum anderen lagen diesem Trend systeminterne Ursachen zugrunde. Wenn die binnenwirtschaftlichen Aktivitäten bewußt und planvoll gestaltet werden sollten, war es konsequent, auch unvorhergesehene außenwirtschaftliche Einflüsse zu minimieren. Daher konzentrierte man den nicht zu vermeidenden internationalen Austausch auf Länder mit dem gleichen Wirtschaftssystem. Infolge des auch in diesen Ländern vorherr-

1 Vgl. zu den Investitionen und ihrer Effektivität das vierte Kapitel.

2 Vgl. zu den Beschäftigungsproblemen und den Leistungsanreizen das dritte Kapitel.

schenden Mangels konnten die Erzeugnisse dort unabhängig von ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit abgesetzt werden. Da aber bestimmte Rohstoffe und Produkte nur auf den Weltmärkten zu erwerben waren, blieb man im Fall der DDR zu einem nicht unbeträchtlichen Teil weiter auf den Austausch mit dem "nichtsozialistischen" Wirtschaftsgebiet angewiesen. Um diese Importe bezahlen zu können, mußte bei der im allgemeinen sinkenden internationalen Konkurrenzfähigkeit der eigenen Erzeugnisse um jeden Preis exportiert werden. Spätestens dabei waren die Ineffizienzen des Systems deutlich sichtbar, denn mit der Abschottung vom Weltmarkt verringerte sich für die Betriebe der Zwang zur Innovation.¹ Die binnenwirtschaftlichen Autarkietendenzen erschwerten diese zusätzlich. Das komplexe und übergreifende Herangehen an Wirtschaftsabläufe, wie es insbesondere Neuerungsprozesse verlangen, war dadurch behindert, daß für Abstimmungsprozesse die vertikalen Leitungsbeziehungen favorisiert wurden. Man stand Innovationen meist auch deshalb nicht besonders aufgeschlossen gegenüber, weil die Verantwortlichen das mit ihnen verbundene Risiko scheuten. Schließlich wurden sie nach der Erfüllung des Produktionsplans bewertet und Neuerungen konnten - vor allem wenn sie im Plan nicht vorgesehen waren - diese gefährden. Demgegenüber stand, daß es nicht ausreichend honoriert wurde, sich um Innovationen zu bemühen, und es gab faktisch keine Sanktionen, wenn diese über längere Zeit vermieden wurden, weil das Konkursrisiko ausgeschlossen war. Insofern lag die Innovationsschwäche ganz überwiegend im System selbst begründet.² Effizienzverluste und fehlende Innovationen vertieften letztlich die ohnehin wachsenden Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage, wie sie für die Betriebe in fehlenden und nicht zu erhaltenden Vorleistungen sowie für die Bevölkerung in Lücken im Einzelhandelsangebot deutlich sichtbar wurden. Da sie solche ökonomischen Schwierigkeiten letztlich der Partei anlasteten, sah sich diese in Abständen immer wieder unter Druck, Reorganisationen oder Reformen in die Wege zu leiten, um die wirtschaftlichen Resultate zu verbessern.

Wirtschaftslage zu Beginn der sechziger Jahre

Der SED-Spitze waren viele der angeführten Probleme und Defizite des Lenkungs- und Koordinationsmechanismus bewußt, aber sie hielt sie prinzipiell für lösbar. Der Glaube an die Überlegenheit des eigenen Systems schien sich in solchen Ereignissen, wie dem Start des ersten sowjetischen

-
- 1 In der vorliegenden Arbeit umfassen Innovationen die technisch-wirtschaftliche Entstehung und die Diffusion einer Neuerung. Außerdem bezieht sich der Neuigkeitswert auf die DDR, d.h. als Innovation werden hier nicht nur die wenigen genuin in der DDR entstandenen Güter, Verfahren, Organisationslösungen u. ä., sondern auch die Imitation international erfolgreicher Entwicklungen verstanden.
 - 2 Vgl. zusammengefaßt: U. Wagner, Innovationsprobleme im Wirtschaftssystem der DDR, in: G. Gutmann (Hg.), *Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme*, Stuttgart u.a. 1983, S. 311-329; H.-J. Wagener, Zur Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft, in: J. Bähr/D. Petzina (Hg.), *Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland*, Berlin 1996, S. 21-48; H. Schröter, Verfügbarkeit gegen Wirtschaftlichkeit. Paradigmen in der Forschungs- und Technologiepolitik beider deutscher Staaten, in: *Technikgeschichte* 63, 1996, S. 343-361.

Weltraumsatelliten, des "Sputnik", zu bestätigen. Um die Attraktivität des eigenen Systems zu heben und damit die Fluchtbewegung aus der DDR in den Westen einzudämmen, verkündete Parteichef Walter Ulbricht auf dem V.Parteitag der SED 1958 als "ökonomische Hauptaufgabe", daß bis 1961 "der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft".¹ Auf der Basis der günstigen wirtschaftlichen Ergebnisse seit 1957 meinte man angesichts der konjunkturellen Zwischenschwäche 1958 und einer erwarteten Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik, diese anspruchsvolle Aufgabe bewältigen zu können. Dabei erhoffte sich die SED-Spitze größere Unterstützung aus der Sowjetunion.² Zwar war ein solches Ziel von dort angeregt worden, aber es lag für die Parteiführung ebenso auf der Hand, da die eigene Bevölkerung immer mit dem westlichen Teil Deutschlands verglichen. Ihr war bekannt, als sie die "ökonomische Hauptaufgabe" verabschiedete, daß sie nur mit beträchtlichen zusätzlichen Rohstoffimporten auch aus dem Westen gelöst werden konnte, wofür die Hilfe der UdSSR erforderlich war.³ Nur auf dieser Basis war der Pro-Kopf-Verbrauch in wichtigen Positionen im Vergleich mit der Bundesrepublik schnell zu erhöhen.⁴ Die Vorstellung, die Sowjetunion würde dergleichen möglich machen, erklärt auch den Widerspruch⁵, daß mit dem 1959 beschlossenen Siebenjahrplan die Bundesrepublik bei der Arbeitsproduktivität erst bis 1965 eingeholt und überflügelt werden sollte.⁶ Offenbar war selbst

-
- 1 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des V.Parteitages der SED, 10. bis 16.Juli 1958, Berlin (O) 1959, S.68, 70. Mit der Festlegung auf unterschiedliche Bevölkerungskategorien wollte man sich wohl eine statistische Hintertür offen lassen.
 - 2 Ulbricht an Chruschtschow, 19.1.61, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/30. Veröffentlicht in: A. Steiner, Politische Vorstellungen und ökonomische Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer. Briefe Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow, in: H. Mehringer (Hg.), Von der SBZ zur DDR: Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995, S. 233-268. Siehe dort auch zu den Wachstumsraten in der Bundesrepublik und der DDR. Vgl. H. Weber, Geschichte der DDR, München 1985, S. 298ff.; D. Staritz, Geschichte der DDR, (Erweiterte Neuausgabe), Frankfurt/M. 1996, S. 174ff.
 - 3 Leuschner an Ulbricht, 3.3.59, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/29; Arbeitsmaterial. Einschätzung der sich aus der Entwicklung bis 1961 ergebenden Auswirkungen ..., 18.1.61, BA DE1/49122.
 - 4 Laut den Planungen der SPK sollte bis 1961 in der DDR der Verbrauch Westdeutschlands von 1956/57 erreicht werden. (Vgl.: Bemerkungen zum überarbeiteten Projekt ..., 1.7.58, SAPMO-BA NY4062/99) Bei diesem Vergleich wiesen die Statistiken der DDR bei ausgewählten Nahrungsmitteln und Konsumgütern zum Zeitpunkt des Beschlusses bereits einen höheren Pro-Kopf-Verbrauch als die Bundesrepublik aus. (Vgl. Statistisches Jahrbuch 1962, S. 573.) Der methodischen Fragwürdigkeit dieser Vergleiche soll nicht nachgegangen werden, da es an dieser Stelle um die subjektive Basis für diese Aufgabe geht. Jedoch trifft auch die Vermutung Roeslers nicht zu, daß der Termin 1961 in der SPK nie eine Rolle spielte. Vgl. J. Roesler, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963-1970 in der DDR, Berlin 1990, S. 17.
 - 5 Auf diese Diskrepanz verwies: Staritz, Geschichte der DDR, S. 176.
 - 6 Gbl. 1959, I, S. 705.

der SED-Spitze klar, daß der nach eigener Einschätzung 24 bis 28 % betragende Produktivitätsrückstand der Industrie¹ nicht innerhalb von zwei Jahren aufgeholt werden konnte.

So unrealistisch diese Aufgabe wirtschaftlich erschien, so konsequent war sie politisch. Nur mit dem öffentlichen Nachweis wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit waren das System sowie die DDR und damit die Macht der SED langfristig zu sichern. Die hinter diesen Vorgaben stehende Wachstumseuphorie hatte ihre Grundlagen aber in unzulässigen Extrapolationen der im Zuge extensiver Entwicklungen erreichten Zuwachsraten sowie in der festen Überzeugung von der Überlegenheit des eigenen Systems. Ein weiterer Beleg für den Optimismus, mit dem man in der DDR-Führung Anfang 1960, genährt von den hohen Zuwachsraten der letzten Jahre, in die Zukunft blickte, waren die Vorstellungen im Rahmen einer "Generalperspektive", ab 1965 den Kommunismus aufzubauen oder gar die USA in Produktivität und Lebensstandard überholen zu wollen. Dies wurde zwar rasch zurückgewiesen.² Aber solche euphorischen Ideen trugen ihren Teil zu dem Entschluß bei, die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft voranzutreiben und in der Landwirtschaft die Kollektivierung zum Abschluß zu bringen.

Die Realisierung dieser ehrgeizigen Ziele erforderte es, die Investitionen beträchtlich zu steigern, was die vorhandenen Ressourcen - ebenso wie die hohen konzipierten Produktionszuwächse - überforderte. (Vgl. Tabelle 1.1)

Tabelle 1.1: Jährliches Wachstum ausgewählter Kennziffern in Gegenüberstellung von Siebenjahrplan, Jahresplan und realer Entwicklung 1959 bis 1963 in %

	1959	1960	1961	1962	1963
Industrielle Bruttoproduktion insgesamt					
Siebenjahrplan	10,5	9,9	9,4	8,8	9,2
Jahresplan	11,5	10,2	7,2	6,2	6,2
Ist	13,1	8,1	6,0	6,1	4,3
Arbeitsproduktivität der staatlichen Industrie					
Siebenjahrplan	8,1	9,4	9,1	8,9	9,6
Jahresplan	-	9,7	6,5	6,1	7,0
Ist	9,6	9,4	5,0	6,6	4,8
Investitionen in der Volkswirtschaft insgesamt					
Siebenjahrplan	19,7	14,5	11,5	8,8	8,3
Jahresplan	19,8	14,7	8,9	7,1	7,4
Ist	15,3	9,5	1,4	1,9	2,5

Quelle: SPK: Übersicht über die Erfüllung wichtiger Kennziffern des Siebenjahrplanes der DDR 1959-1965, 24.3.66, SAPMO-BA, DY30 IV A2/2021/260.

1 Übersicht über die Entwicklung des Niveaus der Arbeitsproduktivität ..., BA DE1/51761.

2 HA Perspektivplanung: Thesen für die Grundlinie der Entwicklung ..., 14.1.60, BA DE1/49121; Niederschrift über die wichtigsten Bemerkungen in der Beratung ... am 4.3.60, BA DE1/3054. Vgl. Roesler, Plan und Markt, S. 15.

Die Versorgungslage der Industrie verschlechterte sich 1960 drastisch. Das gesamte Jahr hindurch bestanden aus verschiedenen Gründen Schwierigkeiten, bestimmte Materialsorten sowohl aus der Bundesrepublik als auch aus der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern bereitzustellen. Das sich 1960 verschlechternde Warenangebot für die Bevölkerung war im Innern das deutlichste Zeichen für die angespannte Lage. Diskussionen und Unzufriedenheit gab es insbesondere über Angebotslücken bei Fleisch, Wurst, Butter, Käse, Schuhen, Untertrikotagen und Waschmitteln. Diese resultierten aus der allgemein komplizierten Rohstofflage und den Problemen in der Landwirtschaft infolge der Kollektivierung. Außerdem waren die Warendefizite darauf zurückzuführen, daß sich mit der wachsenden Fluchtbewegung aus der DDR die Geldeinnahmen der Bevölkerung schneller entwickelten als geplant und damit das geplante Gleichgewicht zwischen Warenangebot und Geldeinnahmen verfehlt wurde.¹ Als die Bundesregierung die Kündigung des Berliner Abkommens über den innerdeutschen Handel im September 1960 zum Jahresende ankündigte, zeichnete sich eine wesentliche Verschärfung der Lage ab. In der SPK war man der Meinung, "daß nach der jetzigen Lage, d.h., wenn keine außergewöhnliche Hilfeleistung (seitens der Sowjetunion - A.S.) erfolgt und der innerdeutsche Handel vollständig zum Erliegen kommt, es schon im I.Quartal 1961 zu schwierigen Situationen kommt und daß in vielleicht 400 - 500 größeren Betrieben des Maschinenbaus, der Textilindustrie und des Bauwesens sowie der chemischen Industrie Betriebsstillstände eintreten und daß vielleicht sogar einzelne Industriezweige zur Kurzarbeit übergehen müssen." Diese Ansicht war zwar den Autoren zufolge etwas dramatisiert², aber die SED-Spitze hatte sich im Laufe des Jahres bereits mehrfach mit Bitten um Hilfe an die Sowjetunion wenden müssen. Ulbricht beteuerte gegenüber Chruschtschow: "Wir drehen buchstäblich jede Valutamark, die wir für Importe ausgeben müssen, mehrmals um. Wir stellen zurück und disponieren um. Aber das alles hat natürlich auch eine Grenze. Wenn die Decke nicht ausreicht, dann kann man abschneiden, was und an welcher Ecke man will, da kann man auch hier und da einen Flicker ansetzen, aber insgesamt bleibt die Decke zu knapp und keine Schere und Nadel macht sie passender." Trotz aller Einsparungen "stehen wir vor einer solchen Situation, daß wir zur Zeit nicht wissen, wie wir unter den gegenwärtigen Bedingungen überhaupt weiterkommen sollen."³ Jedoch erst nach einem Gespräch zwischen Ulbricht und Chruschtschow am 30. November 1960 im Anschluß an ein Treffen kommunistischer

-
- 1 Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel: Bericht über die gegenwärtige Versorgungslage, 8.11.60, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/14.
 - 2 Zusammenfassende Übersicht über die Hauptprobleme der wirtschaftlichen Entwicklung, [Oktober 1960], SAPMO-BA NY4113/19. Dieses Dokument wurde für Verhandlungen von Ulbricht in Moskau ausgearbeitet. In dem Anschreiben betonte Apel: "Die Dinge sind so dargestellt, daß die negativen Auswirkungen sichtbar werden, daß Du aber andererseits die Möglichkeiten hast, je nach dem Verlauf der Verhandlungen abzuschwächen. Wir haben uns bemüht, die reale Lage so ernst einzuschätzen wie sie ist und dabei absichtlich verzichtet auf die Darstellung bestimmter politischer Konsequenzen, die aber unschwer aus der fixierten Lage abzuleiten sind." (Apel an Ulbricht, 2.11.60, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/32).
 - 3 Ulbricht an Chruschtschow, 19.10.60, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/29.

und Arbeiterparteien in Moskau war die sowjetische Seite zu größerer Unterstützung für die DDR bereit.¹

Nachdem kurz vor Jahresende 1960 die Kündigung des Abkommens über den innerdeutschen Handel zurückgenommen worden war, wollte die DDR trotz der Beschlüsse zur Abkopplung von den westlichen Volkswirtschaften ("Störfreimachung")² daraus "den gebührenden wirtschaftlichen Nutzen" ziehen.³ Auch von sowjetischer Seite wurde sie gedrängt, den Handel mit Westdeutschland zu erweitern. Gleichzeitig wollte die Sowjetunion aber Reserven schaffen, die ihr ein sofortiges Einspringen bei Lieferausfällen aus der Bundesrepublik ermöglichen sollte. Auch wachsende Schulden gegenüber der Bundesrepublik sah die sowjetische Seite zu dieser Zeit nicht als störend an. Langfristig blieb man sich jedoch über die Notwendigkeit wirtschaftlicher Unabhängigkeit vom Westen einig. Die UdSSR versprach sich wohl von dieser Vorgehensweise, daß sie selbst entlastet werde und das Deutschlandproblem politisch nicht weiter verschärft würde. Letzteres legt jedenfalls die explizit nationale Argumentation der sowjetischen Seite in diesem Zusammenhang nahe. Gegenüber den anderen westlichen Ländern hingegen sollte ihrer Auffassung nach für kontinuierliche Kreditaufnahme und -rückzahlung gesorgt werden.⁴ Die Gesamtverschuldung aus laufender Warenbewegung, Dienstleistungen und Krediten der DDR betrug gegenüber dem "kapitalistischen Wirtschaftsgebiet" Ende 1960 472 Mill. Valutamark und Ende 1961 670 Mill. Valutamark.⁵ Der Negativsaldo der Zahlungsbilanz gegenüber dem Hartwährungsgebiet machte 1960 21,1 % und 1961 27,8 % des Exportes in die gleiche Richtung aus.⁶ Eine solche Größenordnung wirkte bei der damaligen politisch zugespitzten Lage und bei den Vorstellungen, die in der SED- wie auch in der sowjetischen Führung über Erpreßbarkeit und Unabhängigkeit gegenüber dem westlichen System bestanden, bedrohlich und wurde als Krisensymptom interpretiert. Wohl auch aus diesem Grund erfüllte die Sowjetunion letztlich für 1961 trotz eigener Schwierigkeiten den größten Teil der Bitten der DDR. Jedoch waren mit ihren Zusagen die Ziele des Siebenjahrplanes sowie der ökonomischen Hauptaufgabe nicht mehr zu erfüllen, was man intern bereits im Sommer 1960 eingestehen mußte. Daher "präzisierte" die SPK Anfang Mai 1961 den Siebenjahrplan, d.h. die Planziele wurden gesenkt.⁷ Daraufhin stellte Ulbricht in einer Beratung mit dem langjährigen SPK-Vorsitzenden Bruno

-
- 1 Aktenvermerk über die Unterredung des Gen. Walter Ulbricht mit Gen. N.S.Chruschtschow, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/30.
 - 2 Beschluß der SPK über die Sicherung der Wirtschaft der DDR gegen willkürliche Störmaßnahmen militaristischer Kreise in Westdeutschland, 4.1.61, BA DE1/2465.
 - 3 Ulbricht an Chruschtschow, 19.1.61, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/30.
 - 4 Leuschner an Ulbricht, 27.1.61, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/30; Aktenvermerk über eine Unterredung zwischen den Gen. Mikojan und Rau anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens am 23.2.61 in Moskau, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/150.
 - 5 Leuschner: Politbürovorlage (Entwurf). Probleme des Außenhandels der DDR. Information ..., [April 1962], SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/67. Der interne Umrechnungskurs lautete zu dieser Zeit 1 Dollar = 4,20 Valutamark. Zur Valutamark vgl. den Abschnitt zur außenwirtschaftlichen Lenkung.
 - 6 Berechnet nach vorherigen Angaben und Statistischem Jahrbuch 1962, S. 547.
 - 7 Erste zusammenfassende Einschätzung der bisherigen Ergebnisse der Regierungsverhandlungen zwischen

Leuschner und dem Sekretär der Wirtschaftskommission beim Politbüro Günter Mittag fest, "daß nach seinen Einschätzungen die Republikflucht zunehmen wird, die Lage schwerer wird, weil bestimmte Ziele des Siebenjahrplanes nicht erfüllt werden können."¹

In dem wirtschaftlich günstigen Jahr 1959 waren nach Angaben der SPK "nur" 81.073 Menschen nach Westen geflohen. Im folgenden Jahr verdoppelten die öffentlichen Forderungen Ulbrichts nach Lösung des Berlin-Problems und nach Abschluß eines Friedensvertrages ebenso wie die Kollektivierung in der Landwirtschaft und die Lücken im Warenangebot diese Zahl auf 159.768 und im Jahr 1961 entschieden sich noch einmal 178.803 Menschen dafür, der DDR den Rücken zu kehren.² Neben den bereits angeführten Gründen spielten für diese Entscheidung Faktoren eine Rolle, die eine Politbürokommission bereits 1956 herausgearbeitet hatte. Außer der offiziell immer wieder propagierten "Abwerbung" wurden dort die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Engpässe sowie der gegenüber dem Westen zurückbleibende Lebensstandard benannt, was Teilen der Bevölkerung inzwischen unüberwindbar erschien. Gerade für Industriebeschäftigte war die mangelhafte Arbeitsorganisation in den Betrieben und die diskontinuierliche Produktion entscheidend für ihre Abwanderung. Sie gaben in vielen Fällen an, "nur deswegen weg(zu)gehen, weil sie 'geordnet arbeiten möchten'".³ Diese Westmigration war für die SED-Spitze das größte Problem. Politisch offenbarte sie die Ablehnung des Systems. Wirtschaftlich verstärkte sie kurzfristig die akute Krisensituation, weil die fehlenden Arbeitskräfte die Produktionsausfälle in der Industrie erhöhten. Nach einer Ende 1962 erarbeiteten Einschätzung der SPK ergaben sich in der gesamten Volkswirtschaft durch "abgeworbene" Erwerbstätige auf Basis der erreichten volkswirtschaftlichen Produktivität sowie der Wanderungsverluste in die Bundesrepublik 1960/61 Produktionsausfälle in Höhe von 3,9 Mrd. Mark.⁴ Darüber hinaus verhinderte die massenhafte Flucht in die Bundesrepublik, daß

der UdSSR und der DDR auf die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR im Zeitraum 1962 - 1965 und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit, 26.4.61, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/30. Vgl. [SPK:] Vermerk zu Fragen der Einholung und Überholung Westdeutschlands, 19.8.60, BA DE1/912.

- 1 Vermerk über die Besprechung bei Gen. Walter Ulbricht am 3.5.61, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2J/743.
- 2 Einschätzung der Verluste, die der Volkswirtschaft durch Abwerbung von Arbeitskräften entstanden sind, in: SAPMO-BA, NY4182/972. Die Differenzen zu den Zahlen aus dem Notaufnahmeverfahren in der Bundesrepublik erklären sich durch die Form der Erhebung in der DDR, wo die Betriebe die Zahl der "Abgeworbenen" und die Volkspolizei die "verschwundene" Wohnbevölkerung zu melden hatte. Da mit der Höhe dieser Zahl von der Zentrale eine Bewertung der politischen Wirksamkeit der betrieblichen und örtlichen Funktionäre verbunden wurde, war deren Interesse an einer vollständigen Erfassung gering. Vgl. Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961, Bonn, Berlin (West) 1961, S. 15. Die dort angegebenen Zahlen wurden auch in die historischen Darstellungen übernommen. Vgl. u.a. Weber, Geschichte der DDR, S. 325.
- 3 Bericht der Kommission zu Fragen der Republik-Flucht, 25.5.56; Stellvertreter des Vorsitzenden an Leuschner: Republik-Flucht, 25.9.56, BA DE1/6109.
- 4 Einschätzung der Verluste, die der Volkswirtschaft durch Abwerbung von Arbeitskräften entstanden sind, in: SAPMO-BA, NY4182/972. Hier wird als DDR-Währungsbezeichnung einheitlich Mark verwendet. Von 1948 bis 1964 galt die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank. Von 1964 bis 1967 bezeichnete

gegenüber den Beschäftigten konsequent Leistungsforderungen bzw. -anreize durchgesetzt werden konnten. Der mit der Abwanderung verbundene Arbeitskräftemangel war letztlich sowohl Folge als auch Ursache der Produktionsrückstände, der Defizite bei Vorleistungen in der Industrie und im Warenangebot für die Bevölkerung. Für die Spitzen von Partei und Wirtschaft stand jeder Plan unter dem Vorbehalt, wie viele Menschen im Planzeitraum die DDR verlassen würden. Auch das machte die Planung unsicher. Mittel- und langfristig entzog die Fluchtbewegung der DDR-Wirtschaft außerdem Wachstumspotentiale in Form von Humankapital. Dies mußte die Verantwortlichen noch mehr beunruhigen. Jedoch war man sich bewußt, wie Leuschner seinem sowjetischen Partner erklärte, "daß man unter den Bedingungen der DDR bei offenen Grenzen keinerlei Experimente machen kann."¹ Alle wirtschaftlichen Auswege mußten in der gegebenen Lage die Fluchtbewegung weiter verstärken. Im Interesse des eigenen Machterhalts suchte die SED-Spitze einen außerökonomischen Weg, sie zu unterbinden und damit die gesamte Planung wieder kalkulierbar zu machen. Danach konnte sie versuchen, die der Abwanderung nach Westen zugrunde liegenden wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Deshalb entschloß sich die SED-Spitze in Abstimmung mit der Sowjetunion, im August 1961 die Berliner Mauer zu errichten und damit die Westflucht gewaltsam zu stoppen.² Intern wurde dieser Akt wirtschaftlich begründet, obwohl er nach außen hin politische Probleme und vor allem die von der SED-Spitze selbst mit angeheizte Berlin-Krise lösen sollte.³

Erste Versuche zur Lösung der Wirtschaftskrise

Die Schwierigkeiten, Material und Arbeitskräfte bereitzustellen, führten dazu, daß die Zuwachsraten der Produktion und der Produktivität ebenso wie die der Investitionen zurückgingen (vgl. Tabelle 1.1). Dabei hatten sich längerfristige Tendenzen der Erschöpfung der extensiven Wachstumsfaktoren mit den akuten Krisenprozessen verbunden. Die ehrgeizigen Ziele der SED-Spitze waren zunächst in weite Ferne gerückt. Das Krisenbewußtsein, das sie zu jener Zeit zeigte, machte sie empfänglich für Ideen, wie die wirtschaftlichen Ergebnisse verbessert werden könnten. Sie war nicht nur wegen der sinkenden Zuwachsraten beunruhigt, sondern gerade als "Repräsentanten der Arbeiterklasse", als die sich die Parteiführer verstanden, war ihnen klar, wenn die Arbeiter flohen, weil

man die Währung als Mark der Deutschen Notenbank (MDN) und seit 1968 als Mark der DDR (M).

- 1 Niederschrift über die Wirtschaftsverhandlungen ... am 22.4.61, 23.4.61, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/30. Diese Formulierung bezog sich im Gesprächszusammenhang zwar vordergründig auf Rohstofflieferungen der Sowjetunion, gab aber das allgemeine Gefühl gegenüber Veränderungen irgendwelcher Art in der SED-Spitze wieder.
- 2 Vgl. zu der Problematik auch das dritte Kapitel.
- 3 Siehe die "Begründung" in: Ulbricht an Chruschtschow, 4.8.61: Information über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/30. Veröffentlicht in: Steiner, Politische Vorstellungen, S. 254-268. Zur zweiten Berlin-Krise und der Errichtung der Mauer im August 1961 liegt eine Fülle an Literatur vor. Vgl. jüngst: M. Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.

sie "vernünftig arbeiten" wollten, dann mußte sich durchgreifend etwas ändern. Zuerst setzte man allerdings auf organisatorische Lösungen. Im Juli 1961 wurden - wie bereits angeführt - die Aufgaben der SPK neu bestimmt und der VWR gegründet. Dabei mußte Leuschner auf eine neu geschaffene Stelle als Stellvertreter des Ministerratsvorsitzenden weichen. Formal hatte er dort mehr Kompetenzen. Er sollte die Planung und Leitung, die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, das Finanzsystem, die Außenhandelspolitik und die Tätigkeit der verschiedenen zentralen Wirtschaftsinstanzen koordinieren.¹ Tatsächlich war dabei wohl mehr an eine Repräsentativfunktion gedacht, so daß sein Einfluß zurückging. Es ist darüber spekuliert worden, ob ihm wegen seiner exponierten Stellung der fehlgeschlagene Siebenjahrplan zur Last gelegt wurde.² Das mag zum Teil zutreffen. Darüber hinaus zählte ihn Apel aber zu denjenigen in der SPK, die die Wirklichkeit nicht kannten und Parteibeschlüsse ignorierten.³ Dies traf jedoch so nicht zu, wie ein Ulbricht übergebener Bericht zeigte. Dieser wog wahrscheinlich viel schwerer, weil Leuschner die "Politiker", zu denen er sich selbst offenbar nicht zählte, für die unrealistischen Vorgaben der "ökonomischen Hauptaufgabe" und des Siebenjahrplanes verantwortlich machte.⁴ Diese Illoyalität war wohl der entscheidende Anstoß für Ulbricht, Leuschner als SPK-Vorsitzenden abzulösen. An dessen Stelle wurde Karl Mewis berufen, der sich dadurch empfohlen hatte, daß er als Bezirksparteichef die Kollektivierung in der Landwirtschaft kompromißlos umgesetzt hatte. Er war aber vorher noch nie mit wirtschaftlichen Aufgaben betraut. Die Leitung des VWR übertrug man Alfred Neumann, der ebenso wie Mewis bis dahin vor allem als Parteiarbeiter hervorgetreten war. Jedoch galten beide als konsequent und entscheidungsfreudig, was wohl als besonderer Vorteil ausgelegt wurde.⁵

Kurzfristig wollte sich die SED-Spitze nach dem Mauerbau angesichts der drängenden wirtschaftlichen Probleme mit zwei Aktionen Luft verschaffen. Zum einen wurde im Rahmen des "Produktionsaufgebots" versucht, die Diskrepanzen zwischen Lohn- und Produktivitätsentwicklung zu mindern.⁶ Darüber hinaus hatte die bereits seit dem Jahreswechsel 1960/61 betriebene "Störfreimachung" Importe aus NATO-Ländern, vor allem aus der Bundesrepublik, zu verringern sowie durch Einfuhren aus dem RGW-Bereich bzw. eigene Fertigung zu ersetzen. Diese Aktion förderte die weitere wirtschaftliche Einbindung der DDR in den Ostblock. Auf seine eigene Initiative vom Januar 1961 hin vereinbarte Ulbricht mit Chruschtschow Ende Mai 1961 das "enge Zusammenwachsen der Wirtschaften der DDR und der UdSSR".⁷ Auf DDR-Seite stellte man sich dabei offen

1 Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Politbüros am 28.7.61, Anlage 1, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/840.

2 Roesler, Plan und Markt, S. 21.

3 Apel an Ulbricht, [21.6.61]: Notiz über eine persönliche Aussprache ..., SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/43.

4 Bericht. Information über eine Aussprache in der SPK, 3.6.61, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/43. Er stammt wahrscheinlich von einem Geheimen Informanten des MfS aus der Umgebung des Werkleiters von Leuna, demgegenüber Leuschner diese Bemerkungen gemacht hatte.

5 Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Politbüros am 28.7.61, Anlage 1, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/840.

6 Vgl. das dritte Kapitel.

7 Ulbricht an Chruschtschow, 19.1.61, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/30; Communiqué über Verhandlungen

bar vor, daß sie direkt in die Verteilungsplanung der Sowjetunion aufgenommen werden sollte, worauf diese aber zurückhaltend reagierte.¹ Diese Bereitschaft, souveräne Rechte aufzugeben, läßt sich wohl nur aus der verzweifelten Lage erklären, in der sich die DDR-Führung sah. Die Sowjetunion schreckte davor aber zurück, weil sie vermutlich das ohnehin schon komplizierte Deutschlandproblem nicht weiter verschärfen wollte. Aber auch darüber hinaus zeichnete sich ab, daß nicht alle Blühträume der DDR-Spitze reifen würden. Auf einer RGW-Ratstagung nach dem Mauerbau erklärten die Sowjetunion und die anderen Ostblockländer, daß sich die wirtschaftliche Lage der DDR nun fühlbar verbessert haben müsse und man sie nun "als eines von mehreren volksdemokratischen Ländern (betrachten werde) - von einer besonderen Lage der DDR (wolle) niemand mehr etwas wissen."² Allerdings rührte die zunächst spürbare Zurückhaltung der Sowjetunion auch aus der Rücksichtnahme gegenüber den anderen Ostblockländern, die in der "engen Wirtschaftsgemeinschaft" zwischen der UdSSR und der DDR Sonderbeziehungen zu ihren Lasten vermuteten. Deshalb schlug Leuschner, als er Anfang 1962 Ulbricht Überlegungen zu einer strategischen Änderung der Wirtschaftspolitik zukommen ließ, vor: "Man müßte diesen Weg durchführen ohne Lärm (ohne Agitation) und ohne große Erklärungen." Dabei war ihm klar, "daß es für die DDR überhaupt nur zusammen mit der Sowjetunion einen Ausweg gibt. Ohne die Sowjetunion ist die DDR nicht existenzfähig." Daher sollte die UdSSR die DDR für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren entlasten, indem sie auf bestimmte Maschinenimporte aus der DDR verzichtete, aber weiterhin die benötigten Rohstoffe und anderen Materialien lieferte. Die freiwerdenden Ausrüstungen könnten dann für Investitionen in der DDR genutzt werden. Die so entstehenden hochproduktiven und rentablen Industrien sollten später die Sowjetunion beliefern und die Rückzahlung der erforderlichen Kredite gewährleisten.³ Diese Überlegungen lagen dem Planentwurf 1962 zugrunde, den Ulbricht Chruschtschow übermittelte. Um das entstehende Defizit im Warenaustausch mit der Sowjetunion abzudecken, bat die DDR um eine Kreditierung sowjetischer Warenlieferungen von insgesamt etwa 1,6 Mrd. Valutamark.⁴ Daß die östliche Führungsmacht bereit sein könnte, diese Umstrukturierung der DDR-Industrie in der erbetenen Größenordnung - noch dazu ohne konkrete Konzepte - zu finanzieren, war freilich nicht zu erwarten.

Als Ulbricht Ende Februar 1962 in Moskau mit Chruschtschow zusammentraf, zeigte sich dieser von den Argumenten aber doch so beeindruckt, daß die Sowjetunion der DDR einen Kredit in Höhe

und Unterzeichnung eines Protokolls am 30.5.61 ..., in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. IX, Berlin (O) 1962, S.418.

- 1 Entsprechende Bemerkungen von Mewis gegenüber einem sowjetischen Vertreter lassen einen derartigen Schluß zu. Vgl. Mewis an Ulbricht, 8.1.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/32.
- 2 Mewis an Ulbricht, 21.12.61, SAPMO-BA NY4182/967.
- 3 Die Ausarbeitung Leuschners war für einen Brief Ulbrichts an Chruschtschow gedacht, in dem er um die konkrete Unterstützung für 1962 warb. In den Brief selbst ging sie zwar in dieser Form nicht ein. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß Ulbricht in dem auf dem Brief basierenden Gespräch mit Chruschtschow diese Argumentation verwandte. Vgl. Ulbricht an Chruschtschow, 8.2.62: Grundfragen unserer ökonomischen Entwicklung, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/32.
- 4 Ulbricht an Chruschtschow, 8.2.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/32; Statistisches Jahrbuch 1990, S. 32f.

von 1,3 Mrd. Valutamark gewährte.¹ Darüber hinaus sollte trotz der Irritationen bei anderen Ostblockländern, die "enge Wirtschaftsgemeinschaft" realisiert werden, indem der Plan der DDR in den Volkswirtschaftsplan der Sowjetunion einbezogen werde. Zumindest wurde das von der DDR-Seite so verstanden. Ebenso meinte man, die sowjetische Seite sei mit der ursprünglich von Leuschner vorgeschlagenen Idee einverstanden, daß die DDR ihre Industrie bis 1965 modernisiere und die UdSSR das kreditiere. Jedenfalls gingen die DDR-Vertreter mit diesen Vorstellungen, die man durch die beiden Parteichefs bestätigt glaubte, in die Verhandlungen, um die Wirtschaftsbeziehungen bis 1965 konkret abzustimmen.² Diese verliefen Mewis zufolge so, als wenn - "selbstverständlich unter Beachtung der Souveränität der DDR" - die Plankommission einer Sowjetrepublik vor GOSPLAN ihren Vorschlag begründete und verteidigte. Es zeigte sich aber, daß beide Seiten verschiedene Vorstellungen von der Lösung der "Hauptfrage (hatten), wie und bis wann es möglich ist, die DDR auf eigene Füße zu stellen". Für die DDR stand das Ziel einer modernen Industriestruktur im Vordergrund, finanziert durch zwischenzeitliche Zuschüsse. Die aber wollte die Sowjetunion nicht mehr leisten. Statt dessen waren die sowjetischen Planer beispielsweise der Meinung, die DDR solle für die Beseitigung der entsprechenden Defizite herkömmliche Walzstahlkapazitäten anstelle der von ihr geplanten 2. Verarbeitungsstufe der Metallurgie ausbauen. Letztlich wurden die Pläne der DDR von Moskau nicht unterstützt.³ Bis dahin hatte man gegenüber der Sowjetunion Importüberschüsse eingeplant, jetzt mußten die Exporte deutlich schneller als die Importe wachsen.⁴

Das Scheitern dieses Konzepts an der verständlichen Haltung der Sowjetunion förderte bei den Wirtschaftsverantwortlichen Überlegungen, wie die Wirtschaft aus eigener Kraft modernisiert werden könne, und in der SED-Spitze wuchs die Bereitschaft, solche Ideen zu fördern. Zunächst aber bemühte man sich um eine neue mittelfristige Planungsgrundlage. Nach der fehlgeschlagenen Abstimmung mit der Sowjetunion wurde auch der letzte Versuch abgebrochen, einen modifizierten Siebenjahrplan bis 1965 auszuarbeiten. Nun sollte bis zum Sommer 1963 ein völlig neuer Perspektivplan entstehen. Öffentlich wollte man sich zu dessen Laufzeit zunächst nicht festlegen. Intern

-
- 1 Kommuniqué über das Zusammentreffen Ulbrichts und Chruschtschows am 26./27.2.62 in Moskau, Kommuniqué über die Unterzeichnung des Protokolls am 5.3.62, in: Dokumente zur Außenpolitik, Bd. X, S.503f.; MdF: Aufstellung über den Stand der Forderungen und Verbindlichkeiten ..., 13.5.71, BA DNI-VS/14-90. Beim Heranziehen dieser Aufstellung ist die zwischenzeitliche Änderung des Umrechnungskurses zwischen Rubel und Valuta-Mark zu beachten.
 - 2 Leuschner an Mittag, 20.3.62: Material für die Vorbereitung der Wirtschaftsverhandlungen ..., SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/221.
 - 3 Mewis an Ulbricht: Niederschrift über eine Beratung ... am 25.5.62, SAPMO-BA NY4182/1207; Büro des Politbüros an die Mitglieder und Kandidaten, 13.6.62: Niederschrift über noch offene bzw. besonders zu entscheidende Fragen ..., SAPMO-BA, DY30 J IV 2/2J/831; Mewis an Mittag, 14.9.62: Bericht über Erfahrungen und Hinweise ..., SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/247.
 - 4 Apel: Information an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüro, 13.7.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2J/835.

war aber bereits vom Perspektivplan bis 1970 die Rede.¹ Mit ihm sollte die Industrie in Richtung veredelter chemischer und metallurgischer Erzeugnislinien sowie intelligenzintensiver und materialsparender Produkte der metallverarbeitenden Industrie umstrukturiert werden.² Die Schwerpunkte der Umprofilierung bestimmte man im allgemeinen anhand internationaler Erfahrungen und Trends. Der Perspektivplan war mit Hochdruck zumindest in einer grob bilanzierten Variante fertigzustellen, denn durch die fehlende mittelfristige Vorgabe wurden - wie Gerhard Schürer, ehemals Leiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen, nun stellvertretender SPK-Vorsitzender feststellte - in der Volkswirtschaft täglich tausende Fehler gemacht.³ Da der Perspektivplan die ökonomische Grundlage der gesellschaftspolitischen Vorstellungen der SED war, die zur gleichen Zeit in einem neuen Parteiprogramm zusammengefaßt werden sollten, drängte die Parteispitze auf Tempo und setzte Anfang August 1962 26 Arbeitsgruppen ein. Sie hatten für einzelne Branchen bzw. Querschnittsgebiete, wie z.B. den Lebensstandard, Entwicklungstrends, Voraussetzungen und Probleme zu erörtern. Ihnen gehörten Wissenschaftler und Wirtschaftspraktiker an.⁴ Ihre in der zweiten Septemberhälfte vorliegenden Ergebnisse bildeten die Grundlage für das Mitte Januar 1963 von der SPK vorgelegte Planprojekt bis 1970, dessen Eckwerte Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED im gleichen Monat vorstellte.⁵ Allerdings waren noch Fragen vor allem in den Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion offen und das Projekt erschien in wesentlichen Teilen als Wunschvorstellung.⁶ Neben der Weigerung der UdSSR, die Modernisierung der DDR-Wirtschaft zu alimentieren, wurde der Gedanke, das Lenkungs- und Koordinationssystem umfassend zu verändern, aber dadurch beflügelt, daß mit der Ausarbeitung und Realisierung des Plans 1962 keine entscheidende Verbesserung der wirtschaftlichen Situation erreicht worden war. Im ZK-Apparat resümierte man, "die Planerfüllung der letzten Jahre und die Planausarbeitung 1962 besagen, daß die Beibehaltung der jetzigen Planmethodik zu großen volkswirtschaftlichen Verlusten führt."⁷

-
- 1 Sektor Planung: Information über die Abteilungsleiterberatung am 2.7.62 in der SPK, 5.7.62; SPK: Beschluß über die weitere Arbeit am Perspektivplan, 12.7.62, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/247. Kaiser irrt, wenn sie den Beginn der Vorarbeiten für einen neuen Perspektivplan auf Anfang 1965 datiert. Diese hatten hier ihren Ausgangspunkt und es war ursprünglich an einen neuen Siebenjahrplan gedacht. Durch verschiedene, noch darzustellende Schwierigkeiten wurde seine Fertigstellung verzögert, so daß sich schließlich seine Laufzeit - bei dem feststehenden Ende 1970 - immer weiter verringerte. Vgl. M. Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997, S. 70, 117.
 - 2 Prinzipien für die Ausarbeitung des Planes 1963-70, 8.6.62 [in Moskau], SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/50.
 - 3 Sektor Planung: Information über eine Beratung ... am 17.12.62, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/247.
 - 4 W. Ulbricht, Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin (O) 1966, S. 32. Vgl. u.a.: Ulbricht an den Leiter der Arbeitsgruppe ..., 1.8.62, BA DE4/6362.
 - 5 Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED. 15.-21.1.63, Berlin (O) 1963, Bd. I, S. 68ff. Vgl. auch: Zur Entwicklung der Industrie ... bis 1970, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/247.
 - 6 Mewis an Ulbricht, 12.1.63; SPK: Zur Entwicklung der ökonomischen Beziehungen UdSSR - DDR im Zeitraum 1964-1970, SAPMO-BA NY4182/1207.
 - 7 Abt. Planung und Finanzen: Lehren aus der geleisteten Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1962 in der SPK,

2. Der Entschluß zur Reform

Mit der Funktionsweise der Planwirtschaft waren die Verantwortlichen schon seit längerem unzufrieden. Die "Tonnenideologie" zu beseitigen, war schon früher gefordert worden. Aber zunächst hatte man sich in erster Linie bemüht, die Instrumente und den Inhalt der direkten Lenkung, also den Plan und die Aufkommen-Verwendungs-Bilanzen zu verbessern.¹ Daneben waren aber auch weitergehende Vorschläge unterbreitet worden. Die ZK-Abteilung Planung und Finanzen hatte im Herbst 1959 angeregt, den Betrieben die Möglichkeit zu geben, "ihre allgemeine technisch-ökonomische Weiterentwicklung aus den Betriebsgewinnen zu finanzieren."² Im Frühjahr 1960 schlug eine Parteikommission unter Leitung von Apel vor, untersuchen zu lassen, wie die VVB und die Bezirkswirtschaftsräte durch die Möglichkeit, selbst finanzielle Mittel und Ressourcen anzusammeln, zu einer effizienten Tätigkeit angeregt werden könnten.³ Diesen Vorschlag griff das MdF teilweise auf.⁴ Über die Notwendigkeit, das Anlagevermögen neu zu bewerten und die Abschreibungsnormen zu verändern, war man sich im Grundsatz ebenfalls schon länger einig.⁵ Im Frühjahr 1961 schließlich wurde - angeregt von der SED-Spitze - davon gesprochen, daß an die Fragen der Planung und Leitung *neu* herangegangen werden müsse.⁶ Auch wenn vieles verschwommen blieb: Es zeichnete sich ab, daß den VVB ein höherer Rang im Lenkungs- und Koordinationsmechanismus zukommen sollte.⁷ Weiter überlegte man, die den Wirtschaftseinheiten zur Verfügung stehenden Mittel stärker an deren Leistungen zu binden, und es deutete sich an, daß der Gewinn einen höheren Stellenwert bekommen könnte. Daß diese Versatzstücke noch nicht zu einem Konzept zusammengefügt wurden, hatte mehrere Gründe: Erstens ging man zutreffend davon aus, daß ein konsistentes Preissystem die Voraussetzung jeder Reform war. Zweitens lehnte die SED-Spitze eine Reform des Wirtschaftsmechanismus insgesamt zunächst vor allem deshalb ab, weil sie dadurch das zentralistische Modell gefährdet sah. Und, drittens, meinte sie, daß sie bei offener Grenze "keine Experimente" (Leuschner) wagen konnte.

20.1.62, SAPMO-BA DY30 IV 2/608/56.

- 1 Vgl. u.a. Planmethodische Probleme, deren Lösung in Angriff genommen werden muß, 1.8.59, BA DE1/12901.
- 2 Abt. Planung und Finanzen: Stellungnahme zum Bericht der Regierungskommission für Preise ..., 7.9.59, SAPMO-BA DY30 IV 2/608/70.
- 3 Bericht der Parteidelegation zum Studium der Arbeit der KPdSU ..., April 1960, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/337.
- 4 MdF: Die neuen Aufgaben der Finanzwirtschaft zur Durchführung des Siebenjahrplanes ..., 14.10.60, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/148.
- 5 Vgl den Abschnitt zur Grundmittelumbewertung im zweiten Kapitel.
- 6 Abt. Planung und Finanzen: Information über die Sitzung des Plenums der SPK am 19.4.61 zur Auswertung der 12.Tagung des ZK der SED, 21.4.61, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/75.
- 7 Abt. Planung und Finanzen: Zur Veränderung und Qualifizierung der Arbeitsweise der VVB ..., [September 1961], SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/76.

Erst im Laufe des Jahres 1962 wurde Klarheit über das Ausmaß der notwendigen Veränderungen gewonnen. Die Genesis der Industriepreisreform - einer der konstituierenden Bestandteile der Wirtschaftsreform - ist für diesen Lernprozeß exemplarisch. Allgemein war man sich seit Abschluß der Festpreisbildung 1961 darüber einig, daß diese kein konsistentes System bildeten. Daher wollte man die Industriepreise kurzfristig überarbeiten und alle neuen Preise gleichzeitig einführen. Außerdem meinte die SPK inzwischen, daß auch in der sozialistischen Wirtschaft das Preissystem periodisch den veränderten Bedingungen angepaßt werden müsse.¹ Ausgehend von der Überlegung, daß Subventionen zu beseitigen seien und der Kennziffer Rentabilität wirtschaftliche Aussagekraft zuzukommen habe, berechneten die Preisbehörden seit dem Frühjahr 1962, wie sich unterschiedliche Preisbildungsgrundsätze auswirken würden. Als die Ergebnisse dem Politbüro im Juni 1962 vorlagen, wurden sie mit der Begründung abgelehnt, daß es nicht um die generelle Beseitigung der Subventionen gehe, sondern nur die ungenehmigten Stützungen verschwinden sollten. Die Vorlage war in der Parteispitze zu dieser Zeit wohl deshalb nicht mehrheitsfähig, weil sie auch die Finanzierung der geplanten Investitionen und des Umlaufmittelzuwachses aus dem Betriebsgewinn vorsah.² Es wurde deutlich, daß die lang geforderte und nun ernsthaft betriebene Arbeit an einer Neuregelung des Preissystems Fragen aufwarf, die weitergehender Antworten bedurften. So mußte, wie noch zu erläutern sein wird, mit den Prinzipien, die den zu bildenden Preisen zugrunde liegen sollten, auch über die Verfügungsrechte der Wirtschaftseinheiten nachgedacht werden.³ Insofern förderten bereits die ersten Arbeiten an der Preisreform bis zum Sommer 1962 die Überlegungen, wie der Lenkungsmechanismus insgesamt zu verändern sei.

Zunächst einmal erhielt jedoch Erich Apel - der sich im Kreis der Parteiführung bisher auf dem Gebiet der Wirtschaft als der durchsetzungsfähigste, aber auch flexibelste Funktionär erwiesen hatte - mit dem Politbürobeschluß vom 25. Juni 1962 eine Schlüsselstellung in der Spitze der Regierung. Er übernahm im Präsidium des Ministerrates die Verantwortung für die Bereiche FuE, Industrie, Verkehrs- und Bauwesen und wurde gleichzeitig als Sekretär für Wirtschaft in der SED-Spitze durch Günter Mittag ersetzt. Gleichwohl blieb Apel als Kandidat des Politbüros im innersten Führungszirkel der SED. Darüber hinaus bildete man eine interne Kommission des Ministerrates - teilweise als "interne Arbeitsgruppe" firmierend -, die wichtige operative Wirtschaftsfragen beraten sollte. Nominell stand ihr Willi Stoph als 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und faktischer Regierungschef vor. Faktisch war Apel der "starke Mann" dieser Kommission. Er hatte das Recht, in seinem Verantwortungsbereich und damit in den Kerngebieten der Wirtschaft Anordnungen, Direktiven und Richtlinien zu erlassen sowie Weisungen zu geben.⁴ Damit wurde das für

1 SPK: Bericht über die bisherige Arbeit auf dem Preisgebiet ..., 7.2.62, BA DE1/9564.

2 Protokoll der Politbürositzung am 25.6.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/904; Vorlage: Ausarbeitung von Vorschlägen für Preisänderungen ..., SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/905.

3 Abt. Planung und Finanzen an Apel, 19.6.62, SAPMO-BA DY30 IV 2/608/72; SPK, Abt. Finanzen und Preise: Vermerk für Genossen Mewis, 27.6.62, BA DE1/9564. Vgl. das zweite Kapitel.

4 Protokoll der Politbürositzung am 25.6.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/904; Beschluß zur Verbesserung der Arbeit des Ministerrates, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/905; Protokoll der Politbürositzung am

die Anfangszeit der späteren Reform so wichtige Duo Apel und Mittag an wichtigen Schaltstellen der Institutionenordnung platziert. Apel war praktisch die gesamte Wirtschaftsbürokratie nachgeordnet und Mittag konnte auf den kompletten wirtschaftspolitischen Teil des Parteiapparates zurückgreifen.

Im Sommer 1962 beauftragte Ulbricht die bereits erwähnten 26 Arbeitsgruppen, die Grundlagen für den Perspektivplan zu erarbeiten, und die wirtschaftspolitischen ZK-Abteilungen, Grundsätzliches zu ihrem Verantwortungsgebiet und den dort erforderlichen Veränderungen darzulegen. Beides sollte zunächst dazu dienen, ein neues Parteiprogramm zu erarbeiten.¹ Dabei erhielten die Arbeitsgruppen offenbar kaum Vorgaben und faßten deshalb vielfach zusammen, was in den vorhergehenden Jahren vorgeschlagen oder diskutiert worden war. Da sie sich vor allem mit den Problemen des Perspektivplanes befassen sollten, beschäftigten sie sich mit den Steuerungsinstrumenten nur am Rande. Ihre Vorschläge gingen über Bekanntes kaum hinaus.² Die im September 1962 vorliegenden Materialien der ZK-Abteilungen leitete Ulbricht dem Politbüro zu, was ihre Bedeutung unterstrich. Von besonderem Gewicht für eine umfassende Herangehensweise an Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus waren die Papiere der Abteilung Planung und Finanzen sowie der Arbeitsgruppe Forschung und technische Entwicklung.³ In ihnen standen finanzwirtschaftliche Lenkungsinstrumente und die Notwendigkeit einer Preisreform im Vordergrund. Darüber hinaus hatte die "interne Arbeitsgruppe" des Präsidiums des Ministerrates der SPK bereits Ende Juli 1962 den Auftrag erteilt, Grundsätze für ein verbessertes Planungssystem auszuarbeiten, wobei die Hinweise der Sowjetunion aus den Wirtschaftsverhandlungen berücksichtigt werden sollten. Sie zielten neben der ebenfalls hervorgehobenen Preisreform in erster Linie darauf, sowohl die Aufkommen-Verwendungs-Bilanzierung als auch die von der Planung erfaßten ökonomischen Sachverhalte auszuweiten. Im September 1962 nahm innerhalb der SPK eine Gruppe von Wissenschaftlern, Vertretern der zentralen Instanzen und der Betriebe unter Leitung von Schürer die Arbeit an diesen Fragen auf. Ihre Arbeitsgrundlage sah vor, nicht mehr wie bis dahin nur einzelne Seiten zu verändern,

17.7.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/910. Den Beschluß und seine Intention erläuterten Leuschner vor dem ZK und Apel im Vorstand des Forschungsrates: Stenographische Niederschrift der Tagung des Vorstandes des Forschungsrates am 27.7.62, SAPMO-BA DY30 IV 2/607/35; Leuschner: Aus dem Bericht des Politbüros auf der 16.ZK-Tagung, in: Neues Deutschland 29.6.62. Vgl. auch: Beschluß der 16.ZK-Tagung, in: Dokumente der SED, Bd. IX, S.65.

- 1 Abt. Planung und Finanzen: Information über die Beratung des Vorsitzenden der SPK mit den Stellvertretern am 27.7.1962, 28.7.62, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/247.
- 2 Vgl. vor allem die Ausarbeitungen der Arbeitsgruppen zur Leitung der örtlichen Industrie, zur Materialwirtschaft, zu Arbeitsproduktivität, Normen und Löhnen sowie zum Außenhandel in: SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/451. Ihre Bedeutung im Prozeß der Reformausarbeitung wurde ausgehend von Beyer/Kanzig in der Literatur meist überschätzt. Vgl. H. Beyer/H. Kanzig, Die Genesis des neuen ökonomischen Systems in der Zeit vom VI.Parteitag der SED bis zur Wirtschaftskonferenz, in: Wirtschaftswissenschaft 17, 1969, S. 1764.
- 3 Ulbricht an das Politbüro: Materialien ..., SAPMO-BA DY30 J IV 2/2J/889; Abt. Planung und Finanzen an Mittag, 25.9.62: Probleme der Verbesserung ..., SAPMO-BA DY30 IV 2/608/68.

sondern die "Maßnahmen zur Verbesserung und Modernisierung der sozialistischen Planung auf der Grundlage einer geschlossenen Konzeption durch(zu)föhren".¹ Im September 1962 hatte also auf fast allen Teilgebieten der Wirtschaftslenkung mit unterschiedlichem Anspruch das Nachdenken über deren Umgestaltung eingesetzt. Die verbindende Klammer aller dieser Bemühungen bildete die Preisreform, die - und da war man sich weitgehend einig - die Voraussetzung für solche Veränderungen darstellte.

Zur gleichen Zeit, in der das Politbüro über die Veränderung der Planung beriet, ließ es auch in der DDR jenen Artikel von Evsej Liberman erscheinen, der die Reformvorstellungen der sechziger Jahre im gesamten Ostblock mitprägte. Seine Ideen waren grundsätzlich nicht neu. Die Bindung des Bonussystems der Betriebe an den Gewinn wurde bereits seit längerem auch unter Wirtschaftspraktikern in der DDR diskutiert. Das Ziel seiner Vorschläge faßte er in dem Satz zusammen: "Was für die Gesellschaft nutzbringend ist, muß auch jedem Betrieb nützlich sein, und umgekehrt, was nicht vorteilhaft für die Gesellschaft ist, muß äußerst unvorteilhaft für die Belegschaft eines Betriebes sein."² Der Liberman-Artikel und die folgende Diskussion hatte jedoch weniger theoretische Bedeutung. Vielmehr bot er die Möglichkeit, sowjetische Stimmen als Autoritätsbeweis für die Notwendigkeit von Änderungen im Lenkungsmechanismus nutzen zu können. Darüber hinaus war die Libermansche Formel so griffig, daß es sich anbot, sie propagandistisch zu nutzen, was Ulbricht auch wiederholt tat.³ Er forderte die Wirtschaftswissenschaftler und Praktiker im Oktober 1962 auf, die sowjetische Diskussion aufmerksam zu verfolgen und eigene Vorstellungen zu entwickeln.⁴ Nachdem Anfang Oktober 1962 auf der 17.ZK-Tagung der SED auch öffentlich angedeutet worden war, daß man daran denke, den Lenkungs- und Koordinationsmechanismus zu verändern, wurden neben den sowjetischen Wortmeldungen im "Neuen Deutschland" und in "Die Wirtschaft" ab Mitte Oktober zunehmend Artikel von DDR-Autoren veröffentlicht, die sich den erforderlichen Umgestaltungen widmeten. Sie äußerten sich zu den Libermanschen Anregungen zurückhaltend, aber grundsätzlich positiv.⁵ Neben der Vorbereitung der Öffentlichkeit auf das zu Erwartende dienten sie der Vorbereitung einer wirtschaftswissenschaftlichen Konferenz Anfang Dezember 1962, mit der die Wissenschaftler in die Reformvorbereitungen einbezogen und mit den Praktikern in Verbindung gebracht werden sollten. Ihr Einfluß auf die Diskussionen und Konzeptualisierung war bis dahin begrenzt gewesen. Die Impulse gingen von den Wirtschaftspraktikern aus. Im Vorfeld dieser Konferenz verzichtete die zuständige ZK-Abteilung auf die bis dahin übliche Praxis, wonach die Konfe-

1 SPK: Direktive zur Ausarbeitung ..., 5.9.62, BA DE1/12340; Mewis an Mittag, 4.9.62: Bericht über Erfahrungen und Hinweise ..., SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/247; Protokoll der Politbürositzung am 26.9.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/924.

2 E. Liberman, Plan, Gewinn, Prämie, in: Die Wirtschaft vom 26.9.62. Vgl. das dritte Kapitel.

3 Ulbricht auf dem VI.Parteitag: "Was der Gesellschaft nützt, muß auch dem einzelnen sozialistischen Betrieb und den Werktätigen des Betriebes nützen!" (Protokoll VI.Parteitag, S. 100)

4 Ulbricht, Zum neuen ökonomischen System, S. 43.

5 So die Einschätzung in: G. Leptin, Das "Neue ökonomische System" Mitteldeutschlands, in: K.C. Thalheim/H.-H. Höhmann (Hg.), Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Köln 1968, S. 116.

renzredner ihre Beiträge vorher einzureichen und damit praktisch genehmigen zu lassen hatten.¹ Dies sollte offenbar unkonventionellen und innovativen Ideen Raum geben. Um diese zu fördern, hätte es freilich mehr als einer Änderung der Konferenz-Rituale bedurft. Denn die gesellschaftliche Atmosphäre insgesamt wandelte sich nur langsam. Daher blieben auch auf dieser Konferenz die Vorträge und Wortmeldungen vielfach sehr allgemein und bezogen sich nur wenig auf die anstehenden Fragen der Veränderung im Lenkungsmechanismus. Entsprechend enttäuscht waren die Organisatoren aus dem Parteiapparat.² Die "jungen und vorwärtsdrängenden" Wissenschaftler, die die Parteifunktionäre gern in erster Linie gesehen hätten, meldeten sich zumindest auf dieser Konferenz nicht zu Wort.³ Mit Blick auf die gerade fünf Jahre zuvor stattgefundene Revisionismus-Debatte erstaunt die Zurückhaltung nicht. Das damalige Verdikt war nicht zurückgenommen worden.

Im Mittelpunkt der Revisionismus-Debatte in den Wirtschaftswissenschaften hatten 1956/57 Fritz Behrens und Arne Benary gestanden. Befördert von der Atmosphäre gesellschaftlicher Öffnung nach dem XX.Parteitag der KPdSU 1956 und ausgehend von den offen zu Tage tretenden ökonomischen Schwierigkeiten (unkontinuierliche Produktion, Überplanbestände an Materialien, halbfertigen Produkten und Fertigwaren sowie Kaufkraftüberhang) äußerten sie sich zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft, zur Stellung und Rolle des Wertgesetzes sowie zu Problemen von Spontaneität und Bewußtheit. Dabei entwarfen sie gegen die von ihnen als überzentralistisch, reglementierend, administrierend und bürokratisch eingestufte Wirtschaftspraxis ein theoretisches Konzept, in dem die zentrale Leitungsinstanz nicht jede ökonomische Einzelheit im Auge haben sollte. Sie hatte nur die Rahmenbedingungen zu setzen, um das wirtschaftliche Handeln der Subjekte - sowohl der Betriebe als auch der Individuen - in die von der Zentrale intendierte Richtung zu lenken. Ihr Ziel war eine Leitung mit einem Minimum zentraler Anweisung und einem Maximum an Initiative und Selbständigkeit von "unten". Die Basis dafür sollte die bewußte Ausnutzung der ökonomischen Gesetze, insbesondere des Wertgesetzes, sein. Die von ihnen geforderten wirtschaftlichen Methoden setzten die Vergesellschaftung der Leitung der Produktion voraus, die an Stelle der "etatistischen" Leitung durch den zentralisierten Staatsapparat treten sollte. Als Hauptanreiz betrachteten sie das wirtschaftliche Interesse der Wirtschaftssubjekte.⁴ Mit diesem Entwurf, der hier nicht im Detail wiedergegeben werden kann, hatten die beiden Wirtschaftswissenschaftler nicht einmal den Boden herrschender Vorstellungen verlassen, sondern nur bestimmte Konsequenzen des Marxismus-Leninismus klar benannt. Daher blieb er auch widersprüchlich.⁵ Die Parteispit-

1 Abt. Planung und Finanzen an Mittag: Vorbereitung der Konferenz ..., 20.11.62, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/671.

2 Vgl. die Einschätzungen zu dieser Konferenz in: SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/635.

3 Abt. Planung und Finanzen: 1.Information über die Konferenz der Wirtschaftswissenschaftler ..., 6.12.62, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/635.

4 F. Behrens, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft 5, 1957, 3.Sonderheft, S. 105-140; A. Benary, Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: Ebenda, S. 62-94.

5 Vgl. zu Ablauf und Inhalt der "Debatte" ausführlich: S. Becker/H. Dierking, Die Herausbildung der Wirtschaftswissenschaften in der Frühphase der DDR, Köln 1989, S. 407-473; G. Krause, Wirtschaftstheorie

ze reagierte damals vor allem deshalb so scharf, weil die Vorstellungen von Behrens und Benary zur Vergesellschaftung ihr Herrschaftsmonopol berührten. Als sich das SED-Sekretariat und Politbüro im Dezember 1956, Januar 1957 mit ihren Vorstellungen befaßten, gingen sie deshalb von einer politischen Gefahr der Theorien aus.¹ Die Parteispitze war sensibilisiert, da vor allem bei den Intellektuellen nach dem XX.Parteitag Zweifel an der herrschenden Ideologie des Marxismus-Leninismus laut wurden.² Die Streiks in Polen und der Aufstand in Ungarn 1956 waren der SED-Führung als Menetekel erschienen. Wie sehr es ihr bei der Revisionismus-Schelte darum ging, andere Wissenschaftler von ähnlichen Überlegungen abzuschrecken, zeigt die Tatsache, daß die Artikel von Behrens und Benary zu einem Zeitpunkt in einem Sonderheft der Zeitschrift "Wirtschaftswissenschaft" - nun gemeinsam mit gegen sie gerichteten Aufsätzen - veröffentlicht wurden, als sie öffentlich bereits politisch verurteilt waren. Die Revisionismus-Debatte fand erst nach drei Jahren erzwungener Selbstkritik von Behrens und Benary Anfang der sechziger Jahre ihr Ende. Zweifellos hatten die beiden damals Ideen der Wirtschaftsreform der sechziger Jahre vorgedacht. Insbesondere die Instrumentalisierung der wirtschaftlichen Interessen bildete einen zentralen Punkt der späteren Reform. Angesichts dieser Vorgeschichte war es aber verständlich, daß sich die Wirtschaftswissenschaftler in der frühen Phase der Konzeptualisierung der Reform zurückhielten. Selbst Behrens widmete sich auf jener Konferenz einem eher unverfänglichen Thema, der Methodik von Produktivitätsberechnungen.³ Jedoch hatte das Verdikt der SED auch dafür gesorgt, daß in der Forschung zur "politischen Ökonomie des Sozialismus" vielfach dogmatisch an "überlebten Lehrsätzen" festgehalten wurde, was die ZK-Abteilung Wissenschaft nun aber beklagte⁴, weil die "vorwärtsdrängenden" neuen Ideen fehlten.

Schon Ende September 1962 hatte Ulbricht die Dokumente für den im Januar 1963 vorgesehenen SED-Parteitag mit der Bitte um Stellungnahme an Chruschtschow gesandt. Die darin enthaltenen Vorstellungen, wie der Lenkungs- und Koordinationsmechanismus umgestaltet werden sollte, waren noch bescheiden. Der ökonomische Teil des Entwurfs für das neue Parteiprogramm beinhaltete im wesentlichen nur die strukturpolitischen Ziele für den Perspektivplan.⁵ Man wartete wohl auf ein klares Wort der Moskauer Führung zu den in ihrem eigenen Land und den anderen Ostblockländern diskutierten Veränderungen für die Wirtschaftslenkung.⁶ Anfang November 1962 fuhr

in der DDR, Marburg 1998, S. 121-136.

- 1 H. Steiner, Fritz Behrens. Lebensbilanz eines sozialistischen Wissenschaftlers, in: Deutschlandarchiv 25, 1992, S. 1164.
- 2 Büro Hager: Information über die ideologischen Unklarheiten in der Partei und bei der Bevölkerung, [1956], SAPMO-BA, NY4062/107.
- 3 Abt. Planung und Finanzen: 1.Information über die Konferenz der Wirtschaftswissenschaftler ..., 6.12.62, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/635.
- 4 Abt. Wissenschaft: Zur Entwicklung der Forschung in der Politischen Ökonomie des Sozialismus, 16.2.63, SAPMO-BA DY30 IV A2/904/190.
- 5 Ulbricht an Chruschtschow, 27.9.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/1.
- 6 Dafür spricht u.a., daß die Ende November vom Politbüro beschlossenen Grundsätze für die Industriepreisreform inhaltlich bereits Ende September vorlagen.

eine SED-Delegation mit Ulbricht an der Spitze nach Moskau.¹ Chruschtschow machte ihr wahrscheinlich deutlich, daß die Sowjetunion in diesen Fragen nicht vorangehen werde, wie sich das dann auf dem November-Plenum der KPdSU (19.-23.November 1962) zeigte. Andererseits wollte er sich angesichts der augenscheinlichen Wirtschaftsprobleme der DDR und ihrer Konfrontation mit der Bundesrepublik offenbar nicht prinzipiell gegen Reformpläne stellen, wie sie Ulbricht vermutlich entsprechend dem damaligen Ausarbeitungsstand vortrug. Er konnte dies auch deshalb schlecht tun, weil die Sowjetunion es abgelehnt hatte, die Modernisierung der DDR-Industrie zu kreditieren. Für eine solche "zähneknirschende" Billigung Chruschtschows spricht, daß ihn die SED-Spitze wenige Tage später bat, persönlich an ihrem VI.Parteitag im Januar 1963 teilzunehmen, damit er "die Möglichkeit benutzt, sich mit den neuen Problemen der ökonomischen Entwicklung der DDR an Ort und Stelle vertraut zu machen."² Auf jeden Fall scheint es die in der Literatur diskutierte Absprache mit der Sowjetunion nicht gegeben zu haben, die DDR "als Experimentierfeld für Reformen des Liberman-Typs" auszuersuchen.³ Zutreffender ist wohl, daß die DDR-Führung ihre eigenen Interessen inzwischen höher bewertete und die von Chruschtschow im Ostblock zugelassene Lockerung ihr den dafür erforderlichen Spielraum gab. Allerdings war der fehlende Rückenwind aus Moskau für viele aus der SED-Spitze ein Motiv, gegenüber der Reform skeptisch zu bleiben.

Nach dieser Moskau-Reise und vor dem November-Plenum der KPdSU kündigte Ulbricht auf einer Plenartagung des Forschungsrates - einem Beratungsgremium der Regierung vor allem hochrangiger Natur- und Technikwissenschaftler - am 12.November 1962 an, daß bis zum SED-Parteitag im Januar 1963 ökonomische Experimente beginnen würden, in denen erprobt werden sollte, wie die VVB ihrer Rolle als Leitung "eines großen Konzerns, sogar eines Mammutkonzerns" gerecht werden könnten.⁴ Die VVB als Konzerne zu bezeichnen, deutete angesichts des in der DDR üblichen Sprachgebrauchs auf erhebliche Veränderungen hin. In einer Beratung mit leitenden Vertretern der zentralen Wirtschaftsinstanzen am 17.November 1962 erörterte Ulbricht Fragen des Perspektivplans bis 1970. Um in dieser Zeit den Sozialismus umfassend aufzubauen, waren seines Erachtens "grundsätzliche ökonomische Maßnahmen notwendig". Es sollte ein - hier erstmals so benanntes - "ökonomisches System" ausgearbeitet werden. Größten Wert legte Ulbricht in diesem Zusammenhang auf die Interessen der Werkleiter. Um praktikable Vorschläge zu erhalten, verlangte er, die Arbeit von Konzernen in Westdeutschland zu untersuchen. Damit offenbarte sich jener Widerspruch, der die gesamte Reformprogrammatik prägen sollte. Auf der einen Seite wollte man

-
- 1 Telegramm von Ulbricht an Chruschtschow, 27.10.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/338; Neues Deutschland vom 2./3.11.62. Das Telegramm führt die Punkte an, über die gesprochen werden sollte und wohl auch gesprochen wurde. Leider wurden bisher aber keine Aufzeichnungen zum Inhalt der Gespräche gefunden, so daß man weiterhin auf Vermutungen angewiesen ist.
 - 2 Ulbricht an Chruschtschow, 10.11.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/1.
 - 3 K.C. Thalheim, Sozialistische Planwirtschaft in der heutigen Wirklichkeit, in: B. Gleitze u.a., Die DDR nach 25 Jahren, Berlin (W) 1975, S. 124.
 - 4 Stenographische Niederschrift der 2.Plenartagung des Forschungsrates am 12.11.62, BA DE4/8867. Die Rede Ulbrichts wurde zum großen Teil auch im "Neuen Deutschland" veröffentlicht.

infolge ihrer evidenten Leistungsfähigkeit den Koordinationsmechanismus marktwirtschaftlicher Ordnungen imitieren, ohne auf der anderen deren ordnungspolitischen Rahmen zu übernehmen, zu dem das eigene System vielmehr nach wie vor die Alternative bleiben sollte. Daraus folgten die ideologischen "Kopfstände" Ulbrichts, wenn er behauptete: "Im Kapitalismus ist der Antrieb die freie Konkurrenz - bei uns ist der Antrieb die materielle Interessiertheit plus dem politisch moralischen Bewußtsein über die Notwendigkeit der ökonomischen Politik des Sozialismus. Das Bewußtsein kann nicht durchgesetzt werden mit Hilfe des bürokratischen Apparates. Das Problem besteht jetzt darin, wissenschaftlich zu leiten, vor allem durch die verstärkte Anwendung der ökonomischen Gesetze."¹ Alle wirtschaftsrelevanten Ausführungen Ulbrichts in dieser Zeit ließen erkennen, daß sich zumindest er Mitte November 1962 entschieden hatte, den Lenkungsmechanismus umfassend zu verändern. Jedoch waren sich wohl auch er und seine Berater über Umfang und Tiefe dieser Umgestaltung noch nicht klar.

Noch während das November-Plenum in Moskau tagte, legte der Finanzminister dem Politbüro die Konzeption für die Industriepreisreform vor. Sie wurde dort wenige Tage später, am 27. November 1962, und in der zweiten Dezemberhälfte in der Regierung bestätigt.² Ebenfalls unterbreitete das MdF Ende November 1962 den Entwurf eines Experimentierprogramms, der bereits wichtige Bestandteile des späteren Reformkonzepts enthielt. Es sah vor, den VVB neben den bisherigen administrativen Verwaltungsfunktionen die ökonomischen Mittel zur Leitung ihrer Branche in die Hand zu geben und sie an den wirtschaftlichen Ergebnissen der ihnen unterstellten Betriebe unmittelbar zu beteiligen. Das bedeutete, daß die VVB auf die "wirtschaftliche Rechnungsführung" umzustellen waren, womit sie im Rahmen vorgegebener Regeln ihre Aufwendungen aus ihren Erlösen zu decken hatten. Sie sollten eigene Einkaufs- und Absatzeinheiten erhalten, Aufkommen und Verwendung ihrer Erzeugnisse selbst bilanzieren und deren Preise festsetzen. Ihnen war zu ermöglichen, Betriebsgewinne umzuverteilen, um Investitionen und Umlaufmittel zu finanzieren sowie eigene finanzielle Mittel anzusammeln, mit denen neue technische Entwicklungen vorangetrieben (Fonds Neue Technik) und zeitweilige Finanzierungslücken der Betriebe ausgeglichen werden sollten (Kreditreserve). Die ihnen zur Verfügung stehenden Prämienmittel waren von optimalen, d.h. angespannten, aber erfüllbaren Planvorschlägen und den erwirtschafteten Gewinnen der Betriebe abhängig zu machen und die Gehälter des Führungspersonals sollten teilweise an die Leistung gebunden werden. Um diese Vorschläge zu erproben, wurden vier VVB ausgewählt (NAGEMA Leipzig, Büromaschinen Erfurt, Trikotagen und Strümpfe Karl-Marx-Stadt sowie Bergbauausrüstungen und Förderanlagen Leipzig). Darüber hinaus sollte in zehn Industriebetrieben mit weiteren Schritten experimentiert werden. Dabei standen die Neubewertung des Anlagevermögens, die Leistungsbewertung anhand von Rentabilitätskennziffern und die Bemessung der betrieblichen Prä-

1 Niederschrift über die Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht ..., 18.11.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/50.

2 Protokoll der Politbürositzung am 27.11.62; MdF: Konzeption und Programm zur Reform des Industriepreissystems, 22.11.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/937; Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Ministerrates am 19.12.62, BA DC20-I/4-658. Vgl. das zweite Kapitel.

mienmittel als Anteil des Gewinns sowie die Investitionsfinanzierung aus dem Gewinn im Mittelpunkt.¹ Dieses Erprobungsprogramm stammte vermutlich aus der gleichen Arbeitsgruppe unter der Leitung von Walter Halbritter, damals (noch) stellvertretender Finanzminister, die die Konzeption für die Industriepreisreform vorbereitet hatte.² Bei den Überlegungen zu den Preisen war man gezwungen gewesen, sich mit finanziellen Umverteilungen und darauf beruhenden wirtschaftlichen Anreizen zu beschäftigen, wobei auf frühere Vorschläge zurückgegriffen werden konnte, die damals wegen der fehlenden Konsistenz des Preissystems als nicht realisierbar angesehen worden waren.³ Experimente hatte Ulbricht inzwischen mehrfach als Mittel gutgeheißen, mit denen Richtung und Ausmaß der Veränderungen zu bestimmen seien. Neu war, daß ein Instrument der "exakten" Wissenschaften genutzt werden sollte, um im "sozialen Laboratorium" das Verhalten von Wirtschaftseinheiten durch Modifikationen des Institutionengefüges zu optimieren.⁴ Das gleichsam Sensationelle aber war, daß die SED damit indirekt Grenzen ihres ansonsten als omnipotent behaupteten Wissens über den zu beschreitenden Weg gesellschaftlicher Entwicklung zumindest in einem wesentlichen Teilbereich zugab.

Zunächst war die Gruppe um Halbritter im MdF aktiver als die Verantwortlichen in SPK und VWR.⁵ Letztere waren offenbar damit überfordert, den VVB und teilweise den Betrieben - so wie vorgesehen - größere Spielräume zu verschaffen und gleichzeitig die Planung und das Leitungssystem zu verbessern. So bewegten sich deren erste konzeptionellen Entwürfe insofern in traditionellen Bahnen, als sie darauf setzten, die Instrumente direkter Lenkung auszudehnen und zu perfektionieren, und gleichwohl eine höhere Beweglichkeit der Planung postulierten.⁶ Dabei mag dort bei einigen die Ablehnung weitergehender Veränderungen schon deshalb eine Rolle gespielt haben, weil man den eigenen Kompetenzverlust fürchtete. Doch zu diesem Zeitpunkt war es für die SPK und den VWR insgesamt charakteristisch, innovatives Denken zu blockieren. Ausgehend davon beauftragte das Politbüro am 11. Dezember 1962 eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Stoph, der

-
- 1 MdF: "A. Vorschläge für die Verbesserung ...", [20.11.62], SAPMO-BA DY30 IV 2/608/74.
 - 2 Darauf deutet u.a. hin, daß sich die Vorschläge eines Halbritter-Artikels in dem Entwurf alle wiederfinden. Vgl. W. Halbritter, Der Gewinn soll Gradmesser der Leistung sein, in: Die Wirtschaft vom 31.10.62.
 - 3 Vgl. u.a. Abt. Planung und Finanzen: Vorschläge zur Erhöhung der Wirksamkeit der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben ..., 21.9.61; Stellungnahme zu den Vorschlägen ..., SAPMO-BA NY4097/21; Ulbricht an das Politbüro, [September 1962]: Abteilung Planung und Finanzen: Probleme zur besseren Durchführung der ökonomischen Gesetze ..., SAPMO-BA DY30 J IV 2/2J/889; SPK: Die Grundrichtung der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung ..., 7.9.62, BA DE1/9469.
 - 4 Das ökonomische Experiment war bereits seit September 1962 in der öffentlichen Diskussion thematisiert worden. Vgl. Die Wirtschaft vom 5.9.62 und 3.10.62.
 - 5 Arbeitsgruppe Industrieökonomik: Information über die erste Beratung der beim VWR gebildeten zentralen Arbeitsgruppe ..., 13.12.62, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/270.
 - 6 SPK: Beschluß zur Verbesserung der Planung ..., 7.12.62, BA DE1/42074; Neumann: Politbürovorlage. Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Organisation, der Arbeitsweise und der Struktur des VWR, 7.12.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/939. Beide Entwürfe wurden zurückgewiesen. Vgl. Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Ministerrates am 19.12.62, BA DC20-I/4-658.

unter anderem Neumann, Apel, Leuschner, Mewis, Mittag und Finanzminister Willy Rumpf sowie ein Wirtschaftswissenschaftler und einige VVB- und Betriebsdirektoren angehörten, Grundsätze und Methoden für die Leitung der Industrie auszuarbeiten. Dazu gab Ulbricht das Ziel vor, "daß auf ökonomischem Gebiet eine wesentliche Veränderung erfolgt. (...) Bisher haben wir gesagt, an die Stelle der kapitalistischen Konkurrenz tritt der sozialistische Wettbewerb. Aber so einfach ist das nicht. (...) Wir müssen sauber formulieren, welche ökonomischen Faktoren darüber hinaus wirken und berücksichtigt werden müssen. (...) Anfangen können wir also nicht bei der Veränderung der Leitung der VVB, sondern anfangen müssen wir bei der Formulierung der Grundfragen der Ökonomie." Der Beschluß des Politbüros hob ausdrücklich hervor, daß für die Wirtschaftslenkung die Wertkategorien wirksam zu machen und die Betriebe nach Warenproduktion und Wertschöpfung (Eigenleistung) sowie dem ökonomischen Nutzeffekt zu beurteilen seien.¹ Wahrscheinlich in Kenntnis der weitergehenden Ausarbeitungen von Halbritter, denen das Politbüro zum damaligen Zeitpunkt wohl nicht zugestimmt hätte, wollte Ulbricht wenige Tage vor der Entscheidung ein positives Klima schaffen. Auf einer SED-Versammlung in Leipzig führte er am 9. Dezember 1962 aus, daß in der Vergangenheit politische Ziele die wirtschaftlichen Aufgaben bestimmten, nun sollten "die ökonomischen Aufgaben den Vorrang" haben. Mit solchen eher zurückhaltenden Formulierungen gelang es ihm offenbar, auch die Skeptiker im Politbüro davon zu überzeugen, daß Veränderungen erforderlich waren. Am gleichen Tag, an dem das Politbüro beschloß, die Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung der "Grundsätze" unter Stoph einzusetzen, wurde festgelegt, den ökonomischen Teil der Leipziger Rede zu veröffentlichen.²

Den von der genannten Arbeitsgruppe vorgelegten "*Grundsätzen eines ökonomischen Systems der Leitung und Planung der Industrie*" stimmte das Politbüro am 20. Dezember 1962 und zwei Tage später die Regierung zu. Dieses System sollte "auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik" gerichtet werden. Dazu waren die wirtschaftlichen Interessen mittels der Wertkategorien zu instrumentalisieren. Die "Grundsätze" legten die wichtigsten Aufgaben für den Volkswirtschaftsrat, die VVB und die Industriebetriebe fest. Komprimiert hieß es: "Auf der Grundlage der Jahrespläne und durch Anwendung eines beweglichen, in sich abgestimmten Systems ökonomischer Hebel³ schafft der Volkswirtschaftsrat die Voraussetzungen, um den VVB, Bezirkswirtschaftsräten und Betrieben die Möglichkeit zu geben, die Produktion eigenverantwortlich mit höchstem volkswirtschaftlichen Nutzen zu leiten." Für einen Beschluß des Politbüros waren dies zweifellos neue Töne. Die "Grundsätze" waren zwar gegenüber dem im MfD entstandenen Entwurf des Experimentierprogramms umfassender, aber nicht so entschieden und klar wie dieses. So hieß es beispielsweise, der Gewinn solle stärker zum Gradmesser der Leistung werden, und an anderer Stelle stand bei der Bewertung der Betriebe die

1 Protokoll der Politbürositzung am 11.12.62; Abt. Planung und Finanzen: Ausführungen des Genossen Ulbricht zum Abschluß der Diskussionen im Politbüro ..., 12.12.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/939.

2 Neues Deutschland vom 10.12.62 und 15.12.62; Protokoll der Politbürositzung am 11.12.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/939. Roesler verkehrt hier die Reihenfolge: Roesler, Plan und Markt, S. 25.

3 Das "in sich abgestimmte System ökonomischer Hebel" wird hier erstmalig erwähnt.

Produktion nach Menge, Qualität, Sortiment und Lieferfristen an erster Stelle. Einiges blieb verwaschen, unklar oder offen.¹ Nun lag es zwar in der Natur eines Experimentierprogramms, daß es über Bestehendes hinausgehen mußte, wenn die "Versuchsordnung" zu neuen Erkenntnissen verhelfen sollte. Aber hier zeigte sich auch, daß in der Gruppe unter Halbritter im MdF die entschiedeneren Reformer das Übergewicht hatten. Hingegen hatten in dem Kreis, der die "Grundsätze" fertigstellte, die Anhänger kleinerer Teilschritte das Sagen.² Um die SPK auf Reformkurs zu bringen, wurde deren Chef Mewis Anfang Januar 1963 durch Apel ersetzt.³ Der holte eine Reihe ausgewiesener Reformer, wie z.B. Halbritter, in seine neue Wirkungsstätte, womit es ihm anfangs gelang, die SPK zu deren Bastion zu machen. Entsprechend dem Beschluß des Politbüros wurde zur gleichen Zeit auch begonnen, die "Grundsätze" in den Wirtschaftsinstanzen bekannt zu machen und zu erläutern.⁴ Sie bildeten schließlich ebenfalls die Grundlage für die Ausführungen Ulbrichts auf dem VI. Parteitag der SED in der zweiten Januarhälfte 1963, wo er öffentlich bekannt gab, daß sich die Parteispitze für eine Umgestaltung des Systems und den Abbau traditioneller Instrumente der Wirtschaftslenkung entschieden hatte. Das Ausmaß dieser Veränderungen schien aber auch zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs klar.

Diese Entscheidung basierte auf der mit der Schließung der Grenze 1961 gewonnenen wirtschaftspolitischen Handlungsfreiheit. Mit der Abschottung nach Westen war man nicht unberechtigt der Auffassung, der DDR-Sozialismus könne jetzt die ihm eigene Wirtschaftsweise entwickeln, zumal mit der Kollektivierung der Landwirtschaft "sozialistische" Eigentumsverhältnisse nahezu vollständig durchgesetzt worden waren, die im Verlaufe der Reform auch nie zur Disposition standen. Für die Veränderung des Lenkungs- und Koordinationsmechanismus waren neue Ideen und Vorstellungen erforderlich. Unter diesen Bedingungen sah die SED-Spitze eine Chance für Experimente, ohne die eigene Macht aufs Spiel zu setzen. Die Bevölkerung beurteilte das freilich weniger positiv, in der Grundrichtung vielmehr so wie es die folgende Meinung zu den Parteitagsbeschlüssen reflektierte: "Was macht es, wenn es uns schlecht geht. Hauptsache der Sozialismus siegt. Nach dem Parteitag können wir uns sozialistische sowjetische Republik nennen. Die 'Zone' ist eine Mau-

-
- 1 Protokoll der Politbürositzung am 20.12.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/940; Stoph: Grundsätze eines ökonomischen Systems ..., 18.12.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/941.
 - 2 Das bestätigte auch einer der damaligen entschiedenen Reformvertreter, der deren Aktivitäten als Kosmetik charakterisierte: H. Wolf, Hatte die DDR je eine Chance?, Hamburg 1991, S. 25f.
 - 3 Neues Deutschland vom 13.1.63. Weitere Gründe dafür, daß Mewis abgelöst wurde, waren wohl, daß sich seine wirtschaftlichen Kenntnisse als nicht ausreichend erwiesen. Darüber hinaus hatte er mit seinem anmaßenden und brüskierenden Auftreten in der SPK seine Autorität selbst untergraben. (Apel an Ulbricht, 15.6.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/43) Außerdem spielte wohl sein Verhalten im schwedischen Exil eine Rolle.
 - 4 Protokoll der Politbürositzung am 20.12.62, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2A/940; Niederschrift über die Ausführungen des Genossen Ulbricht ..., 20.12.62; Abteilung Planung und Finanzen an Mittag, 2.1.63; Abt. Planung und Finanzen: Information über die bisherige Durchführung ..., 10.1.63, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/425.